

Südweststaat eine Notwendigkeit

Rund vier Millionen entscheiden über die Zukunft des südwestdeutschen Raums

TÜBINGEN. Am morgigen Sonntag werden im Südwesten Deutschlands rund vier Millionen Stimmberechtigte über ihre Meinung zum Südweststaat befragt. Nach dem Stand der Bundestagswahlen vom August 1949 sind in Südbaden rund 813 000, in Südwürttemberg-Hohenzollern rund 716 000 und in Württemberg-Baden rund 2 557 000 Personen wahlberechtigt. Falls der Südweststaat zustande kommen sollte, wäre er mit 35 747 qkm nach Bayern (70 237 qkm) und Niedersachsen (47 218 qkm) der drittgrößte Staat der Bundesrepublik.

Staatspräsident Dr. Gebhard Müller äußerte sich in einem Interview des Südwestfunks wie folgt: „Alle wirtschaftlichen, finanziellen und staatlichen Überlegungen wären nichts wert, wenn wir nicht wüßten, daß diesseits und jenseits der badisch-württembergischen Grenze dieselben Menschen wohnen mit derselben Lebensweise und Denkungsart, durch unzählige geschichtliche Verbindungen verknüpft... Der Begriff Heimat ist tiefer begründet als nur ein Zufallsstaat von Napoleons Gnaden. Sie sind vergänglich, unverlierbar ist aber für die Seehäfen die Landschaft des Bodensees, für die Schwarzwälder die Schönheit der dunklen Tannenwälder, für den Bewohner der Schwäbischen Alb die herbe und freie Luft seiner Berge, für die anderen die Weinlandschaft des Breisgaues und des Markgräfler Landes.“

Es ist eine zutiefst unehrliche Propaganda, von Heimat, Heimatgefühl und Heimattreue zu sprechen, während man Staat, staatliche Macht und Aufrechterhaltung politischer Machtstellung meint.

Ich bin der Meinung, daß für den Einfluß der Länder auf die Bundesgesetzgebung und Bundesorgane weitgehend maßgeblich die Wirtschaftsgesetze und Finanzkraft und die Größe

der Länder ist. Es kommt nicht darauf an, wie die Erfahrung des letzten Jahres gezeigt hat, wie viele Stimmen man hat, sondern nur darauf, daß sie einheitlich abgegeben werden. In einer ganzen Reihe maßgeblicher Entscheidungen haben bisher Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern manchmal zwangsläufig im Bundesrat gegeneinander gestimmt, so daß der ganze südwestdeutsche

Raum nur mit wenigen Stimmen zum Zuge kam. Es ist kein Zweifel, daß trotz der geringeren Stimmzahl Länder wie Bayern und Nordrhein-Westfalen im Bund dominieren. Der heutige Zustand, daß wir zwei Gruppen von Ländern haben, solche, die aus sich selber leben können und die anderen, die vom Bund oder von anderen Ländern abhängig sind, führt am Ende zum Tode des Föderalismus.

Denken Sie auch an die wirtschaftlichen Dinge. Wer vertritt heute die Sonderinteressen dieses Raums, der auf Export angewiesen ist, der verarbeitende Industrie hat? Denken Sie an den Gemüsebau, an den Obstbau, an das Handwerk.“

Sechs Punkte angenommen

Lenkungsausschuß bereitet Arbeitspensum der UN-Vollversammlung vor

LAKE SUCCESS. In der Freitagsitzung des Lenkungsausschusses der UN-Vollversammlung wandten sich sowohl die Sowjetunion als auch Nationalchina gegen den amerikanischen Vorschlag, die Formosafrage auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Beide sind der Auffassung, daß Formosa chinesisches Gebiet ist und die UN nicht berechtigt sind, sich in dieses Problem einzumischen.

Bisher sind — zumeist gegen die Stimmen der Ostblockstaaten — folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt worden: 1. Der vier Punkte umfassende Plan des amerikanischen

Außenministers Acheson zur Verhütung von Aggressionen; 2. Ein sowjetischer Friedensplan, der auf der Linie der Stockholmer Resolution zum Verbot der Atombombe liegt; 3. Die nationalchinesische Beschuldigung, die Sowjetunion unterstütze die chinesischen Kommunisten; 4. Die Frage der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen und japanischen Kriegsgefangenen; 5. Eine nochmalige Untersuchung der Lage auf dem Balkan; 6. Wiederaufnahme der Frage, ob die UN-Mitgliedstaaten diplomatische Vertretungen mit Spanien austauschen sollen.

Zu einem Zwischenfall kam es, als der Vertreter Guatemalas die Delegierten aufforderte, sich zu Ehren der in Korea gefallenen UN-Soldaten zu erheben. Während die Mehrzahl der Delegierten aufstand, blieben die Vertreter der Ostblockstaaten sitzen. Der Präsident der Vollversammlung bat daraufhin, man solle es in Zukunft ihm überlassen, die Versammlung aufzufordern, sich zu bestimmten Anlässen zu erheben.

Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich am Donnerstagabend bei einem Essen für die UN-Delegierten im Waldorf-Astoria-Hotel. Als der Gouverneur des Staates New York, Dewey, unter dem Beifall der Mehrheit der 1500 Gäste in einer Rede erklärte, man könne die harte Tatsache nicht übersehen, daß „kein Mensch auf der Welt in Ruhe schlafen kann, solange die Sowjetunion 10 bis 15 Millionen Menschen in Sklavenarbeit unter Bedingungen hält, die einer fortwährenden Tortur bis zum Tode gleichkommen“, erhob sich der sowjetische Außenminister Wyschinski und verließ mit seiner Delegation den Raum.

Dewey wich daraufhin von seinem vorbereiteten Manuskript ab und erklärte: „Ich fühle mich geehrt durch den Auszug derjenigen, die die Vernichtung der Welt planen.“

Mißtrauensantrag Schäffer vertagt

Kritik des Bundestages an politischen Reden der Bundesminister

BONN. In der Donnerstagsitzung des Bundestages mußte sich Bundeskanzler Dr. Adenauer mit den Vorwürfen auseinandersetzen, die von der SPD-Fraktion an gewissen außenpolitischen Ausführungen einzelner Bundesminister geübt wurden. Vor dieser Aussprache hatte der Bundestag den Antrag der Bayernpartei auf Entlassung des Bundesfinanzministers Fritz Schäffer auf Wunsch des Bundeskanzlers von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Abgeordnete Lütkens (SPD) zitierte einzelne Stellen aus Reden der Bundesminister Dr. Dehler, Dr. Seeborn, Hellwege, Kaiser und des Vizekanzlers Blücher. Er behauptete: „Dieser Kleinmäusekrieg ist nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Opposition unerträglich. Solche Reden können im Interesse des Ansehens der Regierung nicht so weitergehen.“ Die Ausführungen liefen der Außenpolitik des Bundeskanzlers zuwider.

Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte zunächst fest, daß er sich die Rede des Abg. Lütkens „nicht bestellt“ habe. Er machte darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen die Zeitungsberichte „nicht ganz zutreffend“ gewesen seien. Der Bundeskanzler bestritt nicht, daß hier und da Entgleisungen vorgekommen sind. In allen Fällen sei er aber bestrebt gewesen zu verhüten, daß dem deutschen Volk durch ein solches gelegentliches „Ausrutschen“ ein Nachteil entsteht. Bisher sei kein besonderer Schaden angerichtet worden.

Das Haus befaßte sich dann mit einem SPD-Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Auch für die arbeitslosen landwirtschaftlichen Arbeiter wird eine Arbeitslosenversicherung gefordert. In seiner Freitagsitzung verabschiedete der Bundestag in erster Lesung den Entwurf eines Zolltarifgesetzes.

Gegenstand einer hitzigen Debatte wurde dann die Presseberichterstattung über die Ta-

gelder im Europarat. „Die Welt“ hatte berichtet, daß der Vorschlag Tagelöhner von 72 DM je Delegierter vorgeschlagen habe und daß der Bundesminister den angeforderten Betrag von 250 000 auf 170 000 DM reduziert hätte. Frau Dr. Rehling (CDU), die Mitglied der Delegation ist, erklärte, die Delegation habe von den vorgesehenen 170 000 DM 55 000 DM verausgabt. Die Delegierten hätten kein Fixum und keine Spesen erhalten. Eine ganze Reihe Abgeordneter verlangte von der Presse, in der Berichterstattung genauer zu sein. Frau Wessel (Zentrum) forderte, die Regierung und die Bundespressestelle sollten die Öffentlichkeit umfassender informieren, damit derartige Meldungen keine Nahrung finden.

Einstimmig wurde ein SPD-Antrag angenommen, in dem neben der Beendigung der Entmilitarisierung auch die Einstellung aller Demonstergaßnahmen gefordert wird. Nächste Sitzung am 5. Oktober.

Noch 1 Ki'ometer

Seoul abgeschnitten

TOKIO. Am Freitag waren die UN-Truppen nur noch einen Kilometer von der Stadtmitte von Seoul entfernt. Der Angriff wird gleichzeitig von Norden und Süden geführt. Der größte Teil der Zufahrtsstraßen nördlich und südlich der Stadt ist von alliierten Truppen abgeschnitten worden.

Einheiten der amerikanischen Infanteriedivision besetzten die Stadt Suwon, 32 Kilometer südlich von Seoul. Im Südbereich haben amerikanische Truppen ihren Vormarsch nach Westen fortgesetzt und stehen etwa 12 Kilometer vor Chinju. An der Naktogfront wurden die Brückenköpfe am Westufer des Flusses weiter ausgebaut. Südkoreanische Truppen sind an der Ostküste nach Einnahme der Hafenstadt Pohang nach Nordwesten abgeschwenkt und versuchen, die nordkoreanischen Truppen gegen das Meer zu drängen.

Nach einer Mitteilung des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf lehnt die nordkoreanische Regierung in ihrem Gebiet nach wie vor jede Rot-Kreuz-Tätigkeit ab.

Tito — „Turm der Stärke“

Jugoslawien wünscht keine militärische Hilfe
BELGRAD. Marschall Tito erklärte am Donnerstag einem vierköpfigen amerikanischen Kongreßausschuß, der sich zurzeit auf einer Reise durch Südeuropa befindet, Jugoslawien wünsche zurzeit keine militärische Unterstützung durch die USA, da es im Augenblick seine unabhängige und neutrale Politik im Konflikt zwischen Ost und West nicht aufgeben möchte.

Die amerikanischen Politiker erklärten nach der Konferenz: „Wir alle fühlen, daß Marschall Tito für Jugoslawien in seinem Oppositionskampf gegen die Sowjetunion einen wahren Turm der Stärke darstellt. In unserem eigensten Interesse wäre es unklug, ihn zu unterstützen.“

Volkspolizisten entlassen

Weil sie unbewaffnet waren

BERLIN. Die Westberliner Polizei hat am Donnerstagabend die seit zwei Tagen festgehaltenen 47 Volkspolizisten wieder freigelassen. Ihre Entlassung wird damit begründet, daß sie, außer einem, sämtlich unbewaffnet würden sechs andere Volkspolizisten, die mit einem Lastwagen, mit Pistolen bewaffnet, in den amerikanischen Sektor gefahren waren, zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Die Ostzonenpolizei hatte am Donnerstag drei der 29 von ihr festgehaltenen Westberliner Polizisten entlassen.

Liquidation von Stahlfirmen

BONN. Die alliierte Hohe Kommission verfügte am Freitag die Liquidation der größten deutschen Stahlunternehmen im Zuge der Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie. Die am 14. September auf dem Petersberg ausgefertigte erste Durchführungsverordnung zu dem entsprechenden Gesetz Nr. 27 bestimmt, daß mit dem Geschäftsschluß am 30. September folgende sechs Unternehmen in Liquidation treten: Vereinigte Stahlwerke AG, Friedrich Krupp, Mannesmannröhren-Werke, Klöckner-Werke AG, Hösch AG, Gute Hoffnungshütte Aktienverein für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Gute Hoffnungshütte Oberhausen AG.

Die Durchführungsverordnung besagt, daß der Vorstand bzw. das Direktorium jedes der vorgenannten Unternehmen die Auflösung bei dem nach deutschem Recht zuständigen Gericht zur Eintragung in das Handelsregister bis zum 30. September 1950 anmelden muß. Die Vorstands- oder Direktionsmitglieder werden zu ersten Liquidatoren ernannt. Eine zweite Durchführungsverordnung besagt, daß die Liquidatoren ausschließlich den Weisungen und der Aufsicht der alliierten Stahlgruppe unterstehen und ihr gegenüber verantwortlich sind.

Liebe Wähler,

Sie dürfen überzeugt sein, daß es uns nicht anders geht wie Ihnen. Auch wir sind froh, daß endlich das Hin und Her um den Südweststaat am Sonntag wenigstens vorläufig zu einem Abschluß kommt, und daß wir, die Wähler, nun unsere Stimme abgeben können. Mag es auch bedauerlich sein, daß es sich vorerst nur um unsere Befragung und nicht um unsere endgültige Entscheidung handelt, so daß auch nach dieser Abstimmung möglicherweise das Tauziehen um die Bedingungen, unter denen der Zusammenschluß erfolgen soll, noch weitergehen wird, so haben wir dann wenigstens nichts mehr unmittelbar damit zu tun. Damit haben sich die Minister zu befassen und sie dürfen sich mit diesem Problem herumschlagen.

Wir haben einmal genau wie Sie gemerkt, daß es sich bei einer Abtötung über die Neuordnung der Ländergrenzen in Südwestdeutschland um den einfachsten Vorgang der Welt handeln würde. Gewisse Kreise haben in den vergangenen Monaten und Wochen alles versucht, um uns vom Gegenteil zu überzeugen. Nun, das war das gute Recht der Beteiligten und vielleicht sogar die Aufgabe der Politiker. Es ist auch die Angelegenheit jedes einzelnen, ob er sich bei seinen Argumenten stärker vom Verstand oder mehr von Gefühlsmomenten bestimmen läßt und je nach seiner Natur das eine oder das andere als Waffe im Abstimmungskampf benützt.

Wir haben auch, wie wahrscheinlich die meisten von Ihnen, gemerkt, daß der überwiegenden Mehrheit der Bewohner der für einen Zusammenschluß in Frage kommenden Länder die Entscheidung leicht fallen würde, um so mehr, als angesichts der zahlreichen Gefahren, in die wir als Volk und Staat nach 1945 geraten waren, das Gefühl gestärkt worden war, den zahlreichen Bedrohungen am besten vereint begegnen zu können. Die Groteske der Zonengrenzen hatte uns auch belehrt, daß im Zeichen des modernen Verkehrs und mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft des Handels und der Industrie, der Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern und der Beschäftigung der Menschen, der größere Raum, der organisch gegliederte und vernünftig organisierte, eine Notwendigkeit und zugleich ein besserer Schutz ist.

Und nun plötzlich hat ein Kampf gegen all diese Selbstverständlichkeiten eingesetzt, vor dem die meisten von uns fassungslos standen. Wir hatten einfach kein Verständnis dafür, daß wir zwar europäisch denken, aber im eigenen Lande nur krähwinklerisch handeln sollten. Wenn man sich das Geschrei gewisser Leute anhörte, dann konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob für sie ein Zusammenleben von Württembergern, Badenern und Hohenzollern schlimmer als die Hölle sein würde. Angesichts der Tatsache, daß man im Dritten Reich mit unseren Gefühlen, unserer Heimatliebe in der übelsten Weise Schindluder getrieben und sie als Argument für selbstsüchtige Zwecke benützt hatte, war es uns unverständlich, daß man damit jetzt schon wieder Politik machen wollte. Wir haben überhaupt nicht begriffen, daß man nun mit aller Gewalt Stimmungen zu erzeugen versuchte, für die vor allem junge Menschen kein Verständnis mehr haben, weil für sie die Notwendigkeit des europäischen Denkens erkannt haben, der Begriff des einzelnen, des eigenen kleinen Landes nicht das mit Gefühlskomplexen beschwerte Gewicht hat, wie es vor 100 Jahren bei unseren Großeltern noch der Fall gewesen sein mag.

Wir geben Ihnen, lieber Wähler, gerne zu, daß die Auswüchse des Kampfes um den Südweststaat es auch uns schwer gemacht haben, einen kühlen Kopf zu bewahren und nur die Vernunft sprechen zu lassen. Auch uns hat die lächerliche und manchmal so unsäglich kleinliche Gehässigkeit in der Propaganda der Altbadener gegen den Zusammenschluß von Tag zu Tag mehr geärgert. Wir sind auch mehr als einmal in Versuchung gekommen zu sagen: Na schön, dann eben nicht. Wir jedenfalls könne ohne Badener auch ganz gut leben. Aber da wir ja gerade am badischen Beispiel sehen, wie gefährlich es ist, sich nur von Gefühlen leiten zu lassen, haben wir diese Anwendungen überwunden, denn wir wollen unsere Entscheidung nur von Gründen, nicht von Stimmungen beeinflussen lassen, um so mehr, als wir eine Entscheidung treffen sollen, die über unsere Zeit hinausreicht. In 10, 20 oder gar 50 Jahren wird man nicht mehr nach unseren Empfindungen und Stimmungen von heute, sondern nur nach unserem Handeln und dem, was daraus erwachsen ist, fragen.

Wir hatten als Kinder ein besonderes Spiel. Vielleicht war es eine unbewußte Vorbereitung für das Leben. Bei ihm durfte eines das andere nach besten Kräften ärgern. Wer sich dabei zuerst aus der Ruhe bringen ließ, wer als Erster die Anrempelien ernst nahm, hatte verloren. Wir sind in der letzten Zeit immer wieder an dieses Spiel erinnert worden und wir haben manchmal leise gelächelt, wenn wir sahen, wie verzweifelte Mühe sich Wohlbehagen, uns aus unserer Ruhe und aus der Si-



Die feindlichen Brüder oder der diplomatische Händedruck. US-Außenminister Acheson begrüßt den sowjetischen Delegierten Wyschinski.

cherheit der von uns gewonnenen Erkenntnis von der Notwendigkeit des Südweststaates zu bringen. Es liegt einzig und allein in unserer Hand, nun morgen zu entscheiden, ob am Abend, wenn die Stimmen ausgezählt werden, sich Wohlbehagend die Hände reibt, weil er sein Ziel erreicht hat und weil seine Rechnung aufgegangen ist, oder wir. Wenn auch Sie sich nur von ihrem Verstand führen lassen, dann wissen Sie, daß die vernünftigste Lösung für ein Gebiet, das so sehr in Wirtschaft und in der Bevölkerung eine Einheit ist, nur der Zusammenschluß ist. Vergessen Sie also darum, lieber Wähler, wenn Sie am Sonntag zur Abstimmung aufgerufen sind, all das Häßliche, das Enttäuschende der vergangenen Wochen und denken Sie nur an die Zukunft. Sie allein hat Gewicht. Für sie tragen wir aber, jeder einzelne von uns, die volle Verantwortung. Daß wir vor ihr und vor dem Urteil unserer Kinder einmal bestehen können, das wünscht Ihnen, dem württembergischen, dem badischen und dem hohenzollerischen Volke Ihr o. h.

Höhere Staatsleistungen

TÜBINGEN. Das württembergisch-hohenzollerische Staatsministerium hat auf Antrag des Kultusministeriums beschlossen, die Staatsleistungen zum Dienststeuereinkommen der katholischen Geistlichen in Hohenzollern um 40 000 DM zu erhöhen und als Beitrag für den Kirchenneubau in Gosseltingen 20 000 DM zu gewähren. Sobald der Landtag diesen Beschluß genehmigt, wird es möglich sein, die Gehälter der zur Diözese Freiburg gehörenden hohenzollerischen Geistlichen den Bezügen der Geistlichen in Baden anzupassen.

Aufruf der Gewerkschaften

STUTTGART. Der Landesbezirk Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) fordert die Bevölkerung in einem Flugblatt auf, bei der Volksbefragung für den Südweststaat zu stimmen. Die Gewerkschaften im süddeutschen Raum hatten sich, wie erwähnt, bereits am 29. Oktober 1949 eindeutig für die Bildung des Südweststaates ausgesprochen.

Die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg“ macht darauf aufmerksam, daß von der Kommunistischen Partei für die Südweststaatsvolksbefragung am Sonntag eigene „Stimmzettel“ hergestellt werden. Die Arbeitsgemeinschaft bittet die Bevölkerung, bei der Volksbefragung nur die amtlichen Stimmzettel zu benutzen.

Wie stimme ich ab?

Achte darauf, daß Deine Stimme bei der Volksbefragung am 24. September 1950 nicht ungültig ist.

So siehst du den Stimmzettel für die Volksbefragung aus:

Stimmzettel für die Volksbefragung am 24. September 1950

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat,
- oder
2. Ich wünsche die Wiedervereinigung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg einschl. Hohenzollern.

Es kann nur eine der beiden Fragen bejaht werden. Die Bejahung erfolgt durch Einsetzen eines Kreuzes (+) in einem der beiden Kreise oder durch eine sonstige deutliche Kennzeichnung. Wird lediglich die eine Frage verneint, so gilt die andere Frage als bejaht.

Wird in beide Kreise ein Kreuz eingesetzt oder werden beide Fragen bejaht oder verneint, so ist die Stimme ungültig.

Dr. Mabuses letztes Spiel

Roman eines Dämons von Norbert Jacques

Copyright by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

Obwohl alles, was auf diesen Blättern stand, Ausfluß des Wahnsinns war und Äußerung eines Menschen, mit dem Born nie einen Gedanken getauscht hatte, mußte er sich eingestehen, daß die schriftlichen Bekundungen Mabuses ihn, Born, in der Tiefe seiner Vorstellungswelt aufwühlten.

Wenn er sich diese geheimnisvolle Tatsache vergegenwärtigte, verspürte er einen heftigen Schauer. Es gab Augenblicke, er sei ein Patient, statt ein Meister seiner Fachwissenschaft.

Es hatte unvermittelt damit begonnen, daß Mabuse mit dem speichelgeblähten Finger, mit dem Daumennagel, schließlich mit Blut aus einer Wunde, die er sich mit einem Biß beibrachte, hatte, an die Wand oder auf die Bettlücken zeichnete. Was er zeichnete, war unerkennbar.

Der Wärter hatte Born auf die plötzlich beginnende Tätigkeit des kranken Hirns sofort aufmerksam gemacht, und Born verbrachte von da an Tage am Bett Mabuses. Der Kranke schien Borns Anwesenheit nicht zu merken. Er stierte nur auf seine eigenen Finger, die sich zu schreiben bemühten.

Da kam Born auf den Gedanken, ihm Bleistift und Papier in die Hand zu geben. Und nun beschrieb Mabuse Tag für Tag diese Blätter.

Aus dem bis dahin öden und zerstört geglaubten Gehirn strömten ununterbrochen Ideen neuer Verbrechen, wurden auf diesen Blättern festgehalten. Alles war vernichtet in diesem Schädel, nur ein Trieb war noch da,

Hat Moch nachgegeben?

Beratungen über deutsche Beteiligung an der europäischen Verteidigung

NEW YORK. Die in der Konferenz der Außenminister der drei Westmächte und den Beratungen des Atlantikrats noch offen gebliebene Frage der eventuellen Aufstellung und Heranziehung deutscher Divisionen zur Verteidigung Westeuropas stand am Freitag in New York erneut im Mittelpunkt von Besprechungen, zu denen auch die Verteidigungsminister der drei Westmächte Marshall, Shinwell und Moch zugezogen wurden. Es ging dabei um folgende Fragen: Ob und wie deutsche Verbände in eine zusammengefaßte Streitmacht der Atlantikpaktsstaaten eingegliedert werden können, die Organisation des Oberkommandos einer derartigen Streitmacht und welche Befugnisse der Oberbefehlshaber dieser Verbände, der aller Voraussicht nach ein Amerikaner sein würde, haben soll.

Marshall und Shinwell dürften den Versuch unternommen haben, Moch dazu zu bringen, daß die französische Regierung zumindest grundsätzlich dem Vorschlag der Einbeziehung deutscher Kontingente zustimmt. Nach dem

Eintreffen Mochs in New York erklärte ein Sprecher der französischen Delegation, Frankreichs Opposition sei unverändert, wobei er jedoch hinzufügte, daß es dabei vor allem um die Wahl des richtigen Zeitpunktes gehe. Zunächst müßten die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten vollzogen, ein atlantisches Oberkommando aufgestellt und hinreichend starke amerikanische Verbände in Europa stationiert sein. Erst dann könne Frankreich der Bildung deutscher Verbände innerhalb einer Atlantikarmee zustimmen.

Der amerikanische Verteidigungsminister Marshall erklärte am Donnerstag, der Kongreß und das amerikanische Volk hätten weder aus dem ersten noch aus dem zweiten Weltkrieg etwas gelernt. Wenn der Kongreß nach dem ersten Weltkrieg eine zur Mobilmachung bereite Bürgerarmee beibehalten hätte, gebe es jetzt nicht die Drohung eines dritten Weltkrieges, da dann nicht einmal Hitler einen zweiten Weltkrieg zu entfesseln gewagt hätte.

Die Verwaltung des Reichsvermögens

Ein Vorschlag des Bundesfinanzministers

BONN. Der Bundesfinanzminister hat einen Entwurf zu einer Vereinbarung über die Verwaltung des früheren Reichs- und preußischen Vermögens ausgearbeitet und den Ländern zur Stellungnahme vorgelegt.

Der Entwurf sieht vor, daß das ehemalige Vermögen des Reiches und des Landes Preußen auch künftig von den Ländern verwaltet wird. Die Vermögenswerte sollen aber als Sondervermögen von dem sonstigen Vermögen der Länder getrennt bearbeitet werden. Die Länder haben das Recht, alle normalen Geschäfte vorzunehmen, die im Zuge einer Vermögensverwaltung anfallen. Sie sind aber verpflichtet, das Vermögen in seinem Wertbestand zu erhalten und dürfen wesentliche Veränderungen nur nach Zustimmung des

Bundes vornehmen. Beim Aktienbesitz wird das Stimmrecht vom Bundesfinanzminister direkt ausgeübt. Er soll jedoch verpflichtet sein, bei Entscheidungen, die eine qualifizierte Mehrheit erfordern, im Einvernehmen mit denjenigen Ländern zu handeln, in denen die betreffende Gesellschaft ihren Sitz oder wesentliche Werkstätten hat. Fehlbeträge bei der Verwaltung des Sondervermögens werden vom Bund gedeckt, der aber andererseits auch etwaige Überschüsse vereinnahmt.

Die Vereinbarung soll am 1. Oktober in Kraft treten, später soll sie durch ein Bundesgesetz abgelöst werden, das eine endgültige Entscheidung über das Eigentum an dem ehemaligen Vermögen des Reiches und des Landes Preußen trifft.

Nachrichten aus aller Welt

OBERAMMERGAU. Die Passionsspiele haben für die Langfinger und Betrüger kein sehr hohes Ergebnis gebracht. Die Anhänger dieses dunklen Gewerbes mußten sich mit einer Gesamteinnahme von 12 000 DM zufrieden geben.

BONN. Nach 14tägiger Fahrt im Rollstuhl traf ein Schwerkrankenbeschädigter aus Lübeck in Bonn ein, wo er dem Bundespräsidenten seine Sorgen vortragen will.

LANDAU. Der 84 Jahre alte Johann Hoffmann aus Schrebenhausen (Bayern) wurde dieser Tage in Landau zum 100. Male wegen Bettelbetrugs bestraft. Dieser „König der Landstreicher“ verbrachte rund 27 Prozent seines Lebens hinter Schloß und Riegel. Seine Delikte waren aber nur Bettel und Landstreicherei.

DORTMUND. In Gesek (Kreis Lippstadt) glaube eine Kinobesucherin unter den in der Wochenschau gezeigten nordkoreanischen Gefangenen ihren seit vielen Jahren im Osten vermißten Mann erkannt zu haben. Der Streifen wurde aus der Wochenschau herausgeschnitten, um die notwendigen Schritte unternehmen zu können.

HAMBURG. Der Hamburger Senat forderte die Hamburger Eltern auf, ihre Kinder zu ermahnen, sich nicht an Zusammenstößen und Schlägereien politischer Organisationen zu beteiligen.

BERLIN. Vertreter der westdeutschen Kultusminister trafen in Berlin zu einer dreitägigen Konferenz über die künftige Gestaltung der Lehrerbildung zusammen.

LONDON. Der Vorstand der britischen Chemikergewerkschaft hat die Schaffung eines „Chemiehauses von Europa“ vorgeschlagen, dem die Koordinierung der chemischen Industrien in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent übertragen werden soll.

DEN HAAG. Holland wird, wie am Donnerstag aus Den Haag verlautete, voraussichtlich den Beispielen Großbritanniens, Frankreichs und der USA folgen und ebenfalls den Kriegszustand mit Deutschland beenden.

PARIS. Vier Angehörige der ehemaligen deutschen Feldgendarmarie sind von einem französischen Militärgericht wegen der Erschießung eines britischen Fallschirmjägers und französischer Zivilisten zu Freiheitsstrafen zwischen einem und 10 Jahren verurteilt worden. Drei weitere Angeklagte wurden in Abwesenheit zum Tode und zwei zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

METZ. Ein französisches Militärgericht verurteilte den Deutschen August Schrempf in Abwesenheit wegen Teilnahme an der Ermordung von 31 französischen Gefangenen im Jahre 1940 zum Tode.

MESSINA. Im Schnellzug Rom-Messina, der auf der ganzen Strecke von schweren Gewittern verfolgt wurde, schlug ein Blitz in die elektrische Lokomotive und setzte sie außer Betrieb. Ein zweiter Blitz zerschlug die Fensterscheibe eines Abteils, so daß sich der verunglückte Passagier eine furchtbare Aufregung bemächtigte, vor allem, als später auch noch die zweite Lokomotive durch einen Blitz außer Betrieb gesetzt wurde.

BELGRAD. Beim Absturz eines Passagierflugzeuges in der Umgebung von Agram wurden am Donnerstag 10 Personen getötet.

KALKUTTA. In den Dörfern in der Umgebung von Allahabad sind in der letzten Zeit 23 Kinder von Wölfen und Hyänen zerissen worden. Die Behörden haben Jäger in die Wälder dieses Gebietes entsandt, um der Plage Herr zu werden.

die Menschheit mit Verbrechen zu unterjochen.

Jedes Verbrechen hatte seine Nummer, und Nummer fügte sich an Nummer. War auf einem Blatt ein Verbrechen zu Ende dargestellt, so beachtete es der Kranke nicht mehr. Er ließ es sofort liegen. Es fiel vom Bett zu Boden und schien für ihn nicht mehr vorhanden zu sein.

In seiner leidenschaftlichen Einbildungskraft stellte Born sich vor, wie die Genugtuung über den sich immer mehr steigenden Machtrausch hinter dieser grauen, kalten, großen Stirn den Wunsch hervorrief, diese Verbrechen alle zu realisieren. Born hatte die Blätter in der Mappe gesammelt, die jetzt vor ihm lag und die er langsam aufzublättern begann.

Die Schrift begann mit Beschreibungen von Anschlägen gegen das Geld, als gegen die Unmöglichkeit zur Existenz und zur Sicherheit des Daseins einer kapitalistisch funktionierenden Welt. Attentate gegen das Geld mußten die ersten Unsicherheiten in das Zusammenleben der Menschen bringen, die ersten Ängste.

Diese Beschreibung stand hier, in dem Testament, unter Nr. 12. Die ersten elf der aufgezzeichneten Anschläge richteten sich gegen den Besitz von Sachwerten. Diese Nummer zwölff eröffnete die Gruppe der Attentate, die gegen Sicherheit und Freiheit des Lebens der Menschen gingen.

Born kannte jeden Satz dieser Schrift auswendig. Denn die Beschäftigung mit ihr war der hauptsächlichste Inhalt seiner letzten Jahre. Die einzige Tochter, die er hatte, liebte er zärtlich. Früher stahl er sich manchmal eine halbe Stunde, um von seinen Kranken weg zu Heili zu laufen. Er fühlte sich einmalm, schon viele Jahre, seit dem Tode seiner Frau.

Aber seitdem Mabuse diese Papiere Blatt für Blatt von seinem Bett fallen ließ, gehörte

alle Zeit, die er sich von seiner allgemeinen Beschäftigung erübrigte, dieser Schrift, die er „Testament des Dr. Mabuse“ nannte.

Zugleich wurden auch seine Besuche im verheerlichen chemischen Laboratorium regelmäßiger und ausdauernder.

Das geschah in einem Maße, daß er, gewohnt, den geheimen Dingen des Innern nachzuspüren, an mystisch anmutende, verborgene bleibende Zusammenhänge zwischen der Schrift und seinem zweiten Dasein glauben mußte. Bisweilen zweifelte er ernstlich daran, daß er diese zweite Existenz aus eigenem freien Willen führte.

Born las weiter: „Nr. 13. Politische Wahlen sind zu benutzen, da in Zeiten politischer Hochspannung die Menschen besonders reizbar gegenüber Andersgläubigen sind. Scheinbar bedeutungslos, sinnlos, erzielt aber Erschütterung des öffentlichen Lebens, wenn Wahlgang etwa durch Entfernung der abgegebenen Stimmzettel an verschiedenen Orten ungültig gemacht wird... gegenseitige Verdächtigung, Anschuldigung derer, die sich im Erfolg wähnen, gegen die anderen, Gift absondernde Reibungen, lang hinziehende Wirkung, Verätzen des Anstandsgefühls im politischen Kampf... der Erfolg für mich: Meistens durch die Hetze gegeneinander zermüht. Zustand der Unachtsamkeit gegen alle anderen Dinge, gegenseitige Beschuldigung bei Verbrechen... Ich springe sie dann unvermutet und ungehindert an.“

Das Unheimlichste an den zerstörerischen Anleitungen Mabuses war, daß niemals auch nur ein einziges Blatt außerhalb der Klinik geriet — und daß gelegentlich trotzdem Verbrechen begangen wurden, die genau dem Mabusechen Entwurf entsprachen. Es war nicht zu erklären, höchstens als „Zufall“, und der ist nie eine gute Erklärung.

Born vermochte nicht mehr weiterzulesen. Er mußte an die Luft, wollte sich im Park der Anstalt ergehen. Dort traf er aber auf einen

„Bekleidete“ Göttin wertloser

w. n. Jedermann kennt unsere Fünfmark-Banknoten mit der bildlichen Darstellung der Göttin Europa auf dem Stier. Der eine hat sie, die Banknote, der andere nicht. Zahllos wechselt sie täglich den Besitzer und dies ohne viel Aufhebens. Offenbar gibt es aber in Rheinland-Pfalz Leute, die hieran Anstoß nehmen — nicht etwa an dem Umlauf der Fünfmark-Scheine, sondern an dem bekannten Motiv der Entführung der phönizischen Königs Tochter durch Gott Zeus und dies durch Uebermalen an entsprechender Stelle ausgedrückt hatten. Normalerweise berechtigt nur der Besitz eines Fünfmark-Scheines den Einkauf von Waren im Werte von 5 DM. Wie gesagt normalerweise. Im Kreis Neuwied hat man jedoch einen anderen Wertbegriff, da die Landeszentralbank eine Anordnung verbreitete, nach der die befallenen Noten nur zum Kurse von 4 DM in Zahlung genommen werden dürfen. Der Bundestagsabgeordnete Würmeling (CDU) fragte nun die Landesregierung, ob sie eine solche Maßnahme billige, die gegen Staatsbürger gerichtet sei, deren Moralempfinden durch die unbekleidete Frauengestalt aus dem Gleichgewicht kam, zumal im benachbarten Bonner Bezirk jedenfalls die modisch-geschmückte Europabanknote in vollem Nennwert angenommen wird. Oder wollten jene Bürger gar nicht an der nackten Schönheit Anstoß nehmen, sondern nur auf den eigentlichen Sinngehalt des Wortes „Europa“ hinweisen, dessen Herkunft zwar umstritten, dessen Sinn jedoch nur „dunkel“ und damit vielleicht „unsichtbar“ sein kann?

Friedrichshafen antwortet

Stellungnahme zu den Vorwürfen Eckeners
FRIEDRICHSHAFEN. In einer Erklärung vom 22. September weist die Stadtverwaltung Friedrichshafen die Vorwürfe, die Dr. Eckener in seinem offenen Brief an den „Südkurier“ (Konstanz) am 19. September erhoben hatte, zurück.

Wie wir bereits berichteten, beschwerte sich Dr. Eckener vor allem darüber, daß er in der neuen Zeppelin-Stiftung, die durch eine Rechtsanordnung der südwestdeutschen Regierung vom 28. Januar 1947 aus der alten Zeppelinstiftung entstanden und in den Besitz der Stadt Friedrichshafen übergegangen war, keinen Einfluß mehr besitze. Die Stadtverwaltung weist darauf hin, daß sie an dem Erlaß der Rechtsanordnung nicht beteiligt gewesen sei. Die Stadtverwaltung habe am 24. und 25. August dieses Jahres über Vorschläge von Dr. Eckener beraten, die dieser wenige Tage zuvor bei der Landesregierung eingebracht habe, und ihre Stellungnahme der Landesregierung bereits am 26. August zugeleitet. Der Tübinger Rechtsvertreter von Dr. Eckener habe die Stellungnahme der Stadtverwaltung Friedrichshafen als brauchbare Verhandlungsgrundlage bezeichnet. Mitte September seien zwei geplante Zusammenkünfte zwischen Dr. Eckener und dem Bürgermeister von Friedrichshafen aus zufälligen Gründen gescheitert, eine Aussprache sei aber für diese Woche auf jeden Fall geplant gewesen.

Personelle Wünsche, die Dr. Eckener gegenüber der Landesregierung in bezug auf die Zahnradfabrik geäußert habe, hätten nicht vollständig erfüllt werden können.

Zur Frage des neuen Zeppelinmuseums, zu dessen Eröffnung Dr. Eckener nicht eingeladen worden ist, bemerkt die Stadtverwaltung, daß es sich nur um eine vorübergehende und behelfsmäßig untergeordnete Gedächtnisausstellung handle. „Die Stadtverwaltung bedauert aufrichtig“, heißt es wörtlich, „daß Dr. Eckener zu dieser Veranstaltung nicht eingeladen worden war, weil Spannungen entstanden, deren Lösung der Stadtverwaltung trotz ihrer Bemühungen bis dahin noch nicht gelungen war... Eine Diffamierung seiner Person oder eine Schmälderung seiner absolut unbestrittenen Verdienste liegen der Stadt Friedrichshafen völlig fern.“

Trupp harmloser Kranker, die ihn mit Lachen, Zurufen, Klagen und Fragen belästigten. Er ging auf die Straße. Ein großer Lastwagen fuhr eben langsam an ihm vorbei. Er war gespickt mit Fahnen, verklebt mit Plakaten: Wählt... wählt... las er überall an dem Auto. Er fühlte sich wie von einer unsichtbaren Hand berührt, ging weiter. Ein Wahllokal war in einer Schule... Wähle! Wähle! las er überall. Und überall stand geschrieben oder wurde geschrieben: „Wählt! Wählt!“

Dr. Born eilte durch die Straßen. Man schrieb das Jahr 1931. Die politische und wirtschaftliche Unsicherheit des allgemeinen Lebens steigerte sich von Tag zu Tag. Das gewaltige Heer der Arbeitslosen wuchs ständig. Es bedurfte nur der Lunte, um die angehaften Zündstoffe zur Explosion zu bringen, das Chaos zu schaffen, das einem großen Verbrecher Möglichkeiten über Möglichkeiten bot.

Ein Mabuse hätte diese Lunte legen können, für ihn wäre die heutige Zeit fast günstiger, als es die vor zehn Jahren gewesen war. Aber Dr. Mabuse war so gut wie tot. Dr. Born wiederholte sich diesen Satz immer wieder.

Kurz darauf trat er wieder in das Laboratorium ein, auf dessen Tür das Namensschild des Dr. Rauschmann befestigt war. Er war erstaunt, daß er sich wieder vor dieser Tür befand, denn es war nicht seine Absicht gewesen, in das Laboratorium zu gehen.

Im Arbeitsraum begann er hin und her zu schreiten, ruhelos. Aus einer verkrampten Spannung seines Innern löste sich eine Schicht und bildete eine neue Wesenhaftigkeit in ihm.

Und plötzlich geschah es, daß er im wachen Zustand gewahrte, wie sich neben ihm, wie in einem Traum, ein zweiter Mensch bewegte, der alle seine Schritte ihm nachmachte, der dieselben Züge hatte wie er, dieselbe Erscheinung... (Fortsetzung folgt)



Schäferhunde im Dienst des Menschen

Vielseitige Verwendungsmöglichkeit / Treue Begleiter und Wächter

Reutlingen. Am 23. und 24. September finden in Reutlingen die Landesgruppen-Ausscheidungskämpfe des Vereins für Deutsche Schäferhunde statt. Die Sieger werden sich an den Ausscheidungskämpfen für das Bundesgebiet beteiligen. Zweck der Veranstaltung ist aber nicht nur, die am besten dressierten Hunde festzustellen, sondern in erster Linie, die Zucht und Schulung des deutschen Schäferhundes zu heben und zu fördern.

Wenn sich gerade besonders nach dem letzten Weltkrieg der Hund als Freund und Schützer des Menschen zunehmender Beliebtheit erfreut hat, so liegt dies vor allem an der Unsicherheit der Nachkriegszeit. Einsam stehende Gehöfte und Häuser wurden nur zu oft von Einbrechern heimgezaucht, einsame Wanderer wurden in der Dunkelheit der Nacht überfallen. Gürtel und Kleintierställe waren ein beliebtes Ziel für Langfinger. Da entsann man sich des Hundes, und vor allem auch des Schäferhundes, der die meisten anderen Rassen durch Intelligenz und Verständlichkeit übertrifft. Aber mit dem Schutz des Menschen und seiner Habe allein ist die Verwendungsmöglichkeit des Schäferhundes noch keineswegs erschöpft. Im Kriege wurde er als Sanitäts- und Moldehund verwendet, der Polizeidienst er beim Aufsuchen und Stellen von Verbrechen, den Blinden wurde er ein zuverlässiger Führer, dem Schäfer hilft er beim Hüten der Herden.

Nun ist es aber nicht damit getan, daß man einen Hund hat, sondern er muß auch richtig erzogen sein. Deshalb hat sich der Schäferhundverein die Aufgabe gestellt, die Hunde in besonderen Kursen zu schulen und ihre Leistungen in abschließenden Dressurprüfungen festzustellen. Ziel der Ausbildung ist die Ablegung der Hundprüfung Stufe III, zu der nach Ablegung der Prüfungen I und II über 20 Monate alte Hunde zugelassen werden.

Zunächst verlangt man vom Hund eine gute Nasenarbeit. Bei der Verlorensuche muß er auf einer ungefähr 1200 Schritt langen und etwa 30 Minuten alten Fremdfährte mit einer von einer anderen Person gelegten Fremdfährte drei verlorene Gegenstände aufsuchen. Dann wird großer Wert auf die Unterordnungslustungen gelegt. Der Hund muß seinem Führer frei bei Fuß folgen. Wendungen sofort mitmachen und zugleich mit seinem Herrn stehenbleiben. Aus vollem Lauf heraus muß sich der Hund auf das Kommando „Platz“ hinlegen, selbst wenn sein Führer weiterläuft. Wird er nach drei Minuten von seinem entfernten Herrn herangerufen, so muß er in schneller Gangart kommen und sich vor seinen Führer setzen. Ebenso muß der Hund auf Zuruf stehen bleiben, wenn auch der Führer weitergeht.

Selbstverständlich muß er ein fortgeworfenes Bringholz auf Befehl sofort holen und vor seinem Herrn sitzend solange im Fang behalten, bis es ihm dieser abnimmt. Auch das über eine Hürde (1 m hoch) geworfene Bringholz muß von dem Hund ordnungsgemäß geholt und abgeleiert werden. In gleicher Weise wird eine Übung durchgeführt, bei der der Hund einen dem Führer

gehörenden Gegenstand über eine 1,80 m hohe Wand zu bringen hat. Auf den Befehl „voraus“ muß sich der Hund schnell in der durch den erhobenen Arm angegebenen Richtung vorausbegeben und auf das Hörzeichen „Platz“ sofort hinlegen. Der Hund darf seinen Platz auch dann nicht unaufgefordert verlassen, wenn er durch Übungen anderer Hunde oder knallartige Geräusche abgelenkt wird.

Schließlich kommen noch die Übungen, die den Hund zum eigentlichen Schutzhund werden lassen. Er muß einen vom Führer abgelegten Gegenstand bewachen und sich gegen Versuche, sie ihm fortzunehmen, wehren. Scheintäter hat er durch Abstreifen des Geländes in tiefen Seitenschlägen zu suchen und zu stellen. Er darf den Scheintäter nicht anspringen oder angreifen, sondern hat sich dauernd unter fortgesetztem Beobachten bei dem ruhig stehenden Täter zu halten und ihn zu verbellern, bis der Führer her-

an ist und den Hund auffordert, Platz zu machen. Während er den mit erhobenen Händen dastehenden Täter nach Waffen durchsucht, muß der Hund alle Vorgänge scharf bewachen. Beim Abführen des Täters muß er sich an der Seite des Herrn halten, den fliehenden Täter jedoch ohne Aufforderung sofort verfolgen und fassen. Gibt der Täter die Gegenwehr auf, muß der Hund von sich aus loslassen und den Flüchtling außer Stockweite verbellern, bis der Führer zur Stelle ist. Versucht der Scheintäter, ihn mit einem Stock zu verreiben, so muß der Hund bei sich bietender Gelegenheit zu fassen. Auf das Zufassen des Hundes wird der größte Wert gelegt; versagt er hier, so erhält er nur die Wertnote „mangelhaft“.

Man sieht, daß an den ausgebildeten Schäferhund sehr hohe Anforderungen gestellt werden. Viel Arbeit und Schweiß sind notwendig, bis der Hund allen Anforderungen gerecht wird und seinem Herrn aufs Wort folgt. Aber alle Mühe wird durch die Tatsache belohnt, daß man dadurch einen treuen Begleiter und Wächter heranzieht, auf den man sich in jeder Lebenslage verlassen kann. H. v. S.

Südwestdeutsche Chronik

Diebe und Zauberer

Stuttgart. In einer Reihe von Städten Württembergs haben sich zwei Schwindler betätigt, die Diebstähle mit „zauberhafter“ Geschicklichkeit ausführen. Die Männer lassen sich Schmuck vorlegen und bitten dann gegen Hinterlegung eines größeren Geldbetrags die Wertsachen zur Prüfung mitnehmen zu dürfen. Das Geld zählen sie vor den Augen des Geschäftsinhabers auf und legen es in einen Briefumschlag. Wenn sie dann zur vereinbarten Zeit nicht wieder erscheinen und der Ladeninhaber den Umschlag öffnet, entdeckt er zu seinem nicht geringen Schrecken, daß er statt Geld nur Papierschnitzel enthält.

Von Australien zurück

RE. Tübingen. Wie wir in unserer Ausgabe vom 21. Juli berichtet haben, ist eine dreiköpfige Kommission des deutschen Baugewerbes nach Australien geflogen, um mit den Regierungen der einzelnen australischen Staaten Verhandlungen wegen der Lieferung von Häusern zu pflegen. Diese Häuser werden von Deutschland nach Australien exportiert, und soeben ist Herr Dipl.-Ing. Hans Fritz nach Tübingen zurückgekehrt, um die ersten Lieferungen vorzubereiten. In einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung wird Herr Dipl.-Ing. Fritz über seine Australienreise berichten, und zwar nicht nur über die wirtschaftlichen Probleme, sondern auch über seine Eindrücke von Land und Leuten im fünftel Erdteil, der allein noch in größerem Umfang Möglichkeiten für eine Einwanderung bietet.

Bildung einer Tierärztekammer

Tübingen. Die Tierärztekammer Württemberg-Hohenzollern hat sich als Körperschaft des öffentlichen Rechtes mit dem Sitz in Tübingen konstituiert. Es wurden gewählt: Zum Präsidenten Distrikttierarzt Dr. Stengel, Mössingen;

zum stellv. Präsidenten Regierungsveterinär Dr. Maier, Laupheim. Mit der Geschäftsführung beauftragt wurde Regierungsveterinär a. D. Dr. Kiesel, Tübingen.

Prozess gegen einen Erpresser

Tübingen. Am Montag findet vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Tübingen die Hauptverhandlung gegen Terboven-Gräber aus Hamburg statt, der vor allem in den Jahren 1945 in Reutlingen und Umgebung Erpressungen und andere Delikte verübt hat.

Sonderzüge

Tübingen. Das Eisenbahnverkehrsamt Tübingen setzt am Sonntag, 1. Oktober, einen Sonderzug nach München über Plochingen, Ulm zur Abschlussfeier des Oktoberfestes ein. Am gleichen Tag fährt ein Sonderzug von Tübingen nach Neustadt (a. d. Haard) zum Winzerfest und zur Wahl der Weinkönigin. Dieser Sonderzug verkehrt als Tanzexpress über Horb, Calw und Pforzheim. Beide Züge haben 60 Prozent Fahrpreisermäßigung.

Am Sonntag, 8. Oktober, führt ein Sonderzug von Horb aus über Tübingen, Reutlingen, Plochingen zum Herbst- und Heimatfest in Beziheim.

Devisen für Italienreisen

Tübingen. Für nichtgeschäftliche Reisen, Erholungsreisen usw. nach Italien können ab sofort beim Wirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern, Tübingen, Neckarhalde 1, Devisen beantragt werden. Die Bestimmungen sind die gleichen wie bei Devisengenehmigungen nach England, Frankreich, Oesterreich u. der Schweiz. Auf den Anträgen, die in vierfacher Ausfertigung auf dem Vordruck „ND-Genehmigung“ (erhältlich bei Außenhandelsbanken) einzureichen sind, müssen angegeben werden: Genaue Anschrift, Geburtsort, Beruf, Kennkarten-Nr., voraussichtlicher Antritt und Beendigung der Reise, beantragter Betrag (in DM) und das Land, das bereist werden soll.

Reit- und Fahrkurse in Marbach

Tübingen. An der am Württ. Landgestüt Marbach (Kreis Münsingen) eingerichteten Reit- und Fahrschule finden für junge Landwirte, Pferdepfleger und sonstige interessierte Kreise folgende Reit- und Fahrkurse statt: 1. Kurs vom 5. 10.—2. 11. 1950 für Anfänger, 2. Kurs vom 6. 11. bis 2. 12. 1950 für Fortgeschrittene, 3. Kurs vom

Vertrauenserklärung für Kalbfell

Der Gesamtvorstand des Gemeindeflags Württemberg-Hohenzollern, der sich aus Vertretern sämtlicher Kreisverbände, Städte und Gemeinden von Württemberg-Hohenzollern zusammensetzt, faßte, wie bereits kurz berichtet, bei seiner Tagung in Riedlingen am 19. September 1950 einstimmig eine Entschließung zu dem Fall Kalbfell. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der Präsident des Gemeindeflags Württemberg-Hohenzollern, Bundestags- und Landtagsabgeordneter Oskar Kalbfell, ist in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen seit einigen Wochen Verdächtigungen im Zusammenhang mit Gelselerschließungen in Reutlingen im April 1945 ausgesetzt. Diese Verdächtigungen rühren an die Ehre eines Mannes, der sich in den schwersten Jahren nach dem Zusammenbruch 1945 nicht nur für seine engere Heimat, sondern weit darüber hinaus für unser ganzes Land an exponierter Stelle mit seiner Persönlichkeit eingesetzt und dabei allgemein anerkannte Erfolge erzielt hat.“

Der Gesamtvorstand glaubt dem Ehrenwort seines Präsidenten, daß er unschuldig ist, und bedauert Art und Tendenz der Behandlung des Falles in der Öffentlichkeit.

Der Gesamtvorstand erklärt einmütig, daß Oberbürgermeister Kalbfell als Präsident des Gemeindeflags sein volles uneingeschränktes Vertrauen genießt, und ist überzeugt, daß das Ergebnis der von Oberbürgermeister Kalbfell beantragten Disziplinar- und Gerichtsverfahren dieses Vertrauen rechtfertigen wird.“

3. 1.—31. 1. 1951 für Anfänger, 4. Kurs vom 2. 2. bis 1. 3. 1951 für Fortgeschrittene, 5. Kurs vom 5. 3.—31. 3. 1951 für Anfänger, 6. Kurs vom 4. 4. bis 1. 5. 1951 für Anfänger, 7. Kurs vom 4. 5. bis 31. 5. 1951 für Anfänger. Anmeldungen oder Anfragen sind möglichst frühzeitig an das Württ. Landgestüt Marbach a. d. Lauter, Kreis Münsingen, zu richten.

Nicht abgeholte Zählbogen abgeben!

Tübingen. Das Statistische Landesamt für Württemberg-Hohenzollern bittet die Bevölkerung dringend, ausgefüllte Zählpapiere, die bis heute noch nicht von einem Zähler abgeholt worden sind, unverzüglich beim örtlichen Leiter der Zählungsstellen (Bürgermeisteramt) abzugeben, zu richten.

Kindersolbad wird wiedereröffnet

Donauessingen. Zwischen dem Bürgermeister von Donauessingen und Vertretern der Stadt Karlsruhe fanden am Sonntag Verhandlungen über die baldige Wiedereröffnung des Kindersolbades der Stadt Karlsruhe in Donauessingen statt, dessen Beschlagnahme vor kurzem aufgehoben wurde. Das Bad kann 180 erholungsbedürftige Kinder aufnehmen.

Aulendorf zur Stadt erhoben

Aulendorf. Die Gemeinde Aulendorf wurde durch Beschluß der Staatsregierung von Württemberg-Hohenzollern vom 19. September 1950 zur Stadt erhoben.

Wie wird das Wetter?

Vorhersage bis Sonntagabend: Am Samstag wechselnd, zum Teil stark bewölkt, mit einzelnen leichten Schauern, Tageshöchsttemperaturen um 15 Grad, mäßige westliche Winde. Am Sonntag nach recht kühler, teilweise klarer Nacht nur am Nachmittag zeitweise stärkere Bewölkung. In den Tälern Frühnebel, trocken, tagsüber ansteigende Temperaturen bis 20 Grad, schwache Winde.

Zwei Kaiser auf dem „Wasen“

Aus der Geschichte des Cannstatter Volksfestes

Stuttgart. Das Cannstatter Volksfest, das in diesem Jahre zum 105. Mal auf dem Wasen veranstaltet wird, wurde von König Wilhelm I. von Württemberg im Jahre 1818 als landwirtschaftliches Fest gestiftet. Erst 8 Jahre vorher war das Münchener Oktoberfest zum erstenmal gefeiert worden. „Der König unter den Landwirten und der Landwirt unter den Königen“ — so heißt es in der Chronik des Oberamts Cannstatt — „wollte mit seiner hochschätzlichen Gemahlin Katharina durch lange Kriegszeit (gemeint sind die napoleonischen Feldzüge und der Befreiungskrieg) und Mißwachs darniederliegenden Land- und

Volkswirtschaft wie durch Errichtung einer Zentralstelle, einer staatswirtschaftlichen Fakultät an der Universität, eines landwirtschaftlichen Instituts in Hohenheim, so durch ein landwirtschaftliches Jahresfest mit Ausstellung und Preisstellungen aufheben, und ordnete, um das Fest zu einem rechten Volksfest zu machen, die Verbindung eines Pferderennens und Schifferstechens sowie eines Jahrmarkts mit demselben an.“

Für das Königspaar und sein Gefolge baute Hofbaumeister Salucci eine Säulenhalle mit zwei Flügeln. Als Ziel der Rennbahn errichtete Prof. Thourlet eine hohe Säule, die alljährlich in neuen Formen und Farben mit Weintrauben, Obst und Feldfrüchten geziert wurde. Das Fischerstechen betrachtete der Hof von einem am Ufer des Neckars errichteten Zelt aus. Schon beim ersten Fest schätzte man die Zahl der Besucher auf rund 30 000 — eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß Stuttgart damals etwa 23 000 und Cannstatt rund 3000 Einwohner hatte. Schon im Jahre 1838 traten Bälle, Feuerwerk und Belustigungen durch Vogelschießen, Kunstreiter und Seiltänzer immer mehr in den Vordergrund.

Im Jahre 1857 war das Volksfest glänzender als jemals und von einer Menschenmenge besucht, wie sie niemals zuvor hier gesehen wurde, wozu hauptsächlich die Anwesenheit der Kaiser von Frankreich und Rußland beitrug. Kaiser Wilhelm I. scheint es auf dem Cannstatter Wasen besonders gut gefallen zu haben, denn er besuchte ihn zweimal, und zwar 1876 und 1881. Kaiser Wilhelm II. hatte jedoch bei seiner Vorliebe für militärischen Prunk für zivile Feste weniger übrig, denn es heißt, daß das Fest im Jahre 1898 unter den großen Festlichkeiten für den in Stuttgart weilenden deutschen Kaiser Wilhelm II. geübt habe.

Oft, nur allzuoft, mußte der Wasen wegen kriegerischer Ereignisse ausgesetzt werden. So im Jahre 1866 wegen des preußisch-österreichischen Krieges, 1870 während des deutsch-französischen Krieges sowie im ersten und zweiten Weltkrieg. 1847 war der Wasen wegen der allgemeinen Teuerung nicht veranstaltet worden. 1872 verzichtete man auf das Fest wegen der Heißbrunn und in anderen Orten aufgetretenen Cholera. Dergleichen verhinderte das heftige Wüten der Choleraepidemie in Hamburg im Jahre 1832 die Veranstaltung des Cannstatter Wasens. Man sieht, auch frühere Zeiten hatten ihre Sorgen; Sie lassen sich an der Geschichte des „Wasens“ recht gut ablesen.

Herbst über Baden-Baden

Die alte Kurstadt ist trefflich restauriert / Leben auf der Sonnenseite

WG. Baden-Baden. Ist hier der Himmel blauer, der Schritt leichter, ist hier „das Leben ein Traum“, gleich dem Titel von Calderons Stück, das sie jetzt spielen? Oder blendet die weiße Stirn des Kurbauses, lockt der smaragdnen hingebögelte Rasen, ergötzt der regenfeuchte Taxus, geschnitten wie von Coiffeurs Händen? Alles scheint sacht und gedämpft, gedämpft durch Gebelins und Rhododendron, durch pastellfarbene Teppiche, geglättet durch Asphalt und kuchenellerplatte Sandwege, gewelkt durch verschwenderisch gepflegte Parks. Während droben am Schilfkopf der Herbststurm rast und am „Sand“ den Wald entwurzelt, indes die eisigen Nebel aus den Schluchten brauen und drunten im Rebland der Wein in die Bottiche schleißt und die Winzerfeste dröhnen, ist hier täglich Sonntag auf Teppichen.

Glatt und sauber fließt die Oase; schmerzlos ergeht sich der Rheumatiker; bei Regenschauer tritt Mr. Fitzgerald aus Glasgow unter die Kolonnaden, Delfter Porzellan, Offenbacher Lederwaren oder Atrachanpelze zu beschauen. Hier servieren nicht nur Ober im Frack sieben Vorsepisen auf der Silberplatte, die Natur selbst ist es, welche mit Thermen und einer stets funktionierenden „Klimaanlage“ dient, was Herren aus Bonn besonders schätzen. Andere Kurorte lassen vor dem Oktober die Rolläden herunter, Baden-Baden aber, wieder Weltbad, ist auch im Herbst jung und malerisch. Kongresse, Tagungen und Turniere sind ausgerufen! Da kommen die Fachleute der öffentlichen Verkehrsbetriebe, die Herren der Straßen- und Stadtbahnen, der Tramway und gigantischen Camions aus Nickel und Glas, da traf sich die distinguierte Gesellschaft der Bridgeplayer, da erscheint, um Schmetterbälle und sportliche Razzanz zu zeigen, der Tennisrack Jaroslaw Drohny, durch Gunst der Spielbank gerufen, die die schönste, wiewohl die älteste Deutschlands ist. Nach den Bällen der Ball der Ball der Tennisplayer am 23. September soll „das“ Ereignis des Jahres werden. Ja, Baden-Baden ist vortrefflich restauriert.

Weihnachtsbetreuung der Gefangenen

Erlangen. Das Evang. Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in Erlangen will auch in diesem Jahr schon im Oktober mit dem Versand der Weihnachtspakete für deutsche Kriegsgefangene beginnen. Wie das Hilfswerk erklärte, wurde aus der Sowjetunion nach der Tass-Meldung über den Abschluß der Kriegsgefangenenrückführung nur aus einigen Lagern der Eingang von Paketen bestätigt. Das Hilfswerk will aber an alle anderen Lager Versuchspakete versenden. Nach Jugoslawien sendet das Hilfswerk laufend 5-kg-Pakete. Nach Polen gehen ebenfalls laufend Paketen. Erwünscht für Weihnachtspakete sind: Wollsocken, Wäsche, Schuhe, Bekleidung, haltbare Lebensmittel und Trockenobst. Diese Sachen können an das Evang. Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in Erlangen, Universitätsstr. 26, eingesandt werden.

Es glänzt der Pomp der Fassaden, die einen Meterhoch und Disraeli begrüßen. Stolz brüsten sich die schmiedeeisernen Balkone. Das Hotelpalais Runkewitz scheint auf Rotstich zu warten. Statt den vierstännigen Karossen dominieren die Superwagen des Diplomatischen Korps. Es könnte sein „wie einst“. Nur die Russen fehlen. Die Russen? Ist nicht jene würdige Dame am Nebentisch, mit den schweren Lidern und den energischen Zügen, die Großfürstin Iwanowna? Oder die Alte aus „Pique Dame“?

„Die Russen“, sagt der solignierte Herr im Kurhausrestaurant, „wenn die Russen kommen, geht die Welt unter. Denn das ist doch die Welt für uns, unsere Welt.“ Und deutet auf die Flasche „Chateaufauf du Pape“, auf Damast und die Fayencen, auf Marmorsocken und den Pavillon, auf den unschuldigen Wandel der Kurstätte.

Man schweigt. Die junge Dame prüft ihre Fingernägel. Sie sind untadelig manikürt. Dann beginnt der brillante Stiegeiger mit seinen Solisten, sich diskret zum linken Tisch neben der Palme vorbeugend, den Dornroschenwalzer von Tschalkowsky, kaprizios, dezent, piano, mit Rücksicht auf das Gepolter der Gäste.

Auch das wurde berichtet

Im Hof einer Bettfedernfabrik in Bad Cannstatt wurde ein 56 Jahre alter Arbeiter von einem Lkw an die Hauswand gedrückt. Er erlag im Krankenhaus den erlittenen Verletzungen.

An einem Bahnübergang bei Obereßlingen gelang es dem Bahnwärter, eine 73jährige Flüchtlingsfrau, die mit ihrem zweifürigen Enkelkind die Gleise überschreiten wollte, gerade noch im letzten Augenblick vor einem daherbrausenden Eilzug zurückzureißen.

Im Neckarswerk Aitbach bei Eßlingen stürzte ein 51jähriger Elektromonteur, der mit einem anderen Monteur photographische Aufnahmen machen wollte, nach dem Öffnen eines Sitzgitters in das darunter liegende, unter 20 000 Volt Spannung stehende Stromfeld. Der Mann war sofort tot.

Am Stadtrand von Ulm fuhr ein Lkw auf einen Sprengkörper und wurde völlig demoliert. Der Fahrer kam ohne Verletzungen davon. Man vermutet, daß es sich bei dem Sprengkörper um eine schwere Mine aus dem letzten Kriegstagen handelt.

Eine 24jährige Frau aus Gerbertshaus, Kreis Tettnang, wurde am Donnerstag von der Lokomotive eines Güterzuges angefahren und starb wenige Stunden später an den erlittenen Kopfverletzungen. Sie hatte, um ihren Heimweg abzukürzen, verbotensweise das Gleis zwischen

Kehlen und Gerbertshaus benützt und dabei anscheinend die Signale des in ihrem Rücken nahenden Zuges überhört.

Auf dem Bahnhof Neuenstein machten sich acht Güterwagen beim Rangieren selbständig und rasten mit 55 km/h die abschüssige Bahnstrecke nach Oehringen hinunter. Erst bei Bretzfeld gelang es, die Wagenreihe zum Stehen zu bringen.

An der Bahnlinie Crailsheim—Lauda spielten ein fünfjähriger Knabe und sein einhalbjähriger Bruderchen auf den Eisenbahnschienen. Die beiden Kinder wurden von einem Güterzug erfasst. Dem Knaben, der sich mit der rechten Hand an der Eisenbahnschiene festhielt, wurden die vier Finger völlig abgetrennt. Das kleinere Kind erlitt einen Schädelbruch.

Als ein 54jähriger Landwirt aus Averbach (Nordbaden) mit dem Fahrrad und einer Sense aufs Feld fuhr, um Futter zu mähen, kam er zu Fall und stürzte in seine Sense. Er wurde mit einer tiefen Schnittwunde in der Brust aufgefunden, die seinen Tod herbeiführte.

In Bad Dürkheim wurden ein 28jähriger Jugoslawe und eine 29jährige Frau aus Ludwigs- hafen verhaftet, die versucht hatten, in der Spielbank gefälschte Spielmarken einzulösen. Es wurden bei ihnen gefälschte Spielmarken im Wert von 4050 DM gefunden.

Rasch bringt: Bauhaus Tapeten preiswerte Qualität in 60 Farbtönen

Rasch Künstler Tapeten nach Entwürfen führender Künstler

Rasch Uni abwaschbar robuste Eintontapete in Mischfarben

Tapetenfabrik Rasch Bramsche

Mosaik der Woche

Eine Katze als Polizeihund

Seit einigen Wochen ist die Madrider Kriminalpolizei einer Verbrecherbande auf der Spur...

Klapperstorch hat viel Arbeit

Der Klapperstorch hat auf dem 13.000-Tonnen-Passagierdampfer „Atlantis“ der holländische Kinder und werdende Mütter aus Indonesien...

90 Prozent der Gäste lassen sich betrügen
Der Italiener Marion Albertini, der in einem bekannten Pariser Hotel als Kellner tätig ist...

ihn darauf aufmerksam, daß er sich in der Rechnung geirrt habe. 90 Prozent bezahlen, ohne die Rechnung zu kontrollieren...

Schuldnie hohlen barfuß

Barfuß mußten Einbrecher aus einem Schubgeschäft in Heidenoldendorf im Kreis Detmold flüchten...

Der geizige Schotte

Das Sprichwort vom geizigen Schotten fand dieser Tage eine glänzende Bestätigung. Vor einem Londoner Gericht erschien ein Schotte...

Spätes Glück nach früher Scheidung

Walter Simpson und Ada Whittemore heirateten 1908. 12 Jahre später ließen sie sich scheiden...

Launische Blitze

Bei einem heftigen Gewitter in Jütland schlug ein Blitz in einem Restaurant in Silkeborg in den Drehleibstift eines Kellners...

In die Flucht gejagt

Bei einem abendlichen Spaziergang wurde eine Einwohnerin der Gemeinde Ellendorf im Kreise Uelzen von einem Ziegenbock in die Flucht gejagt...

zu steigen. Mit kühnem Saiz nahm das Tier auch dieses Hindernis. Nach einer wilden Jagd durch die Zimmer gelang es der Frau schließlich, sich im Nachbarhaus in Sicherheit zu bringen.

Abspülbare Anzüge

Ein „ewiger Anzug“ spaziert gegenwärtig gleich in doppelter Auflage durch die Straßen Londons. Es handelt sich um einen neuartigen Idealstoff für Junggesellen und sparsame Hausväter...



Kein Wunder

14 Matratzenfedern, einen Löffelstiel, zwei Schnallen, die Verschlusskappe einer Flasche, 31 Eisenstücke, 41 Steine, einen Bolzen und eine Schraubenmutter fanden die Aerzte in dem Magen eines Amerikaners in Tuscaloosa, Alabama...

Quält Sie ein Hautleiden? Seit Jahrzehnten ist bei Pickeln, Ekzemen, Flechten, Hautjucken, Fußflechten, Hautpilzkrankungen u. ähnlichen Krankheiten der Haut das D.D.D.-Hautmittel Desiens bewährt...

Wir kaufen zu höchsten Preisen: Alt-Kupfer, -Zink, -Blei u. -Messing Eisen- und Stahlschrott Jeder Art und jeder Menge Abhoil, durch unsere Fahrzeuge Kurt Bauer Metalle und Schrott Stuttgart-Süd, Hohenheimer Str. 85

Steinway-Flügel Bechstein, Blüthner, Grotrian-Steinweg u. andere gespielt in allen Preislagen B. Klinkerfuß Stuttgart, Neckarstr. 1A, Akademiestrasse

Theaterbühnen bei Theaterbauanstalt Stehle, Rotentberg a. N., Telefon 482

Paradentose heilt das bakterientötende Spezialmittel „Nur 1 Tropfen“ (One Drop Only) Dieses neuartige amerikanische Mundöl (Hauptwirkstoff Fluor) beseitigt schnell und zuverlässig Zahnlackablagerungen, Zahnflecken, Zahnschmerzen...

Radio-Barth bietet Ihnen an den neuen GRUNDIG 196 W 4 Kreisl., 5 Röhren, Vollsuper, Weltempfänger m. 3 Wellenbereichen und Bandbreitenregler. Höchste Klangqualität und Trennschärfe DM 196.-

Radio Barth das führende Fachgeschäft Württembergs Stuttgart Alter Postplatz Ludwigsburg, Seidensack 2

Ankauf von Telefon 95044 BRILLANTEN - GOLD Schilling STUTTGART KONIGSTR. 33 Der Juweller Ihres Vertrauens

ALTERS-BESCHWERDEN hohes Blutdruck verhüten SÜKA KNOBLAUCH KAPSELN HOCHKONZENTRIERT, GERUCHLOS 2,15 u. 1,35

Stellengesuche Selbst. arbeitend, Kaufmann, diakt. Botier Stenograf, Buchhalt., Rechner, sucht sofort Abendarbeit ab 18 Uhr, eventl. Halbtagsstätigkeit. Geß. Angebote erb. unter G 8039 an die Geschäftsstelle

Gemeinde im hohenz. Unterland wünscht: Führungsnahme mit Industrieunternehmen betreffs Ansiedlung eines Zweigbetriebes für eine Belegschaft von 30-40 Arbeitern und Arbeiterinnen. Interessenten wird weitgehendste Entgegenkommen zugesichert. Zuschriften unter G 8039 an die Geschäftsstelle

Ja, mit Bohnenkaffee... Früher gab es sonntags immer Bohnenkaffee. Heute trinken wir Linde's mit Bohnenkaffee. Das schmeckt sehr gut. Besonders, wenn wir halb Linde's und halb Bohnenkaffee mischen. Linde's ist nämlich extra auf Bohnenkaffeeharmonie abgestimmt. Das ist das ganze Geheimnis. Linde's ja - der schmeckt

Kaufmann mit 1/2-t-Lkw, Plane u. Spiegel, Führerschein 1, 2 u. 3 sucht Haupt- od. Nebenverdienst, nehme jede Arbeit an. Angeb. unt. G 8074 an die Geschäftsstelle

Schriftsetzer verb. sucht Dauerstellung (Insensoren- u. Akzidenzsetz), Erich Gütle, zuzett Freudenstadt, Palmengartenstraße 13

Geschäftliches Brauchen Sie Werkzeug-Katalog mit 500 Artikeln frei. Westfalia-Werkzeugco., Hagen 148 I. W.

Automarkt Preiswert abzugeben 1/2 t Kastenwagen fahrbereit und gut bereit. Emil Wurster KG, mech. Kleiderfabrik, Metzingen (Würtz.), Telefon 308

Alle Motort. neu u. geb. ab 2.10 Wochrate, HÄBLER, Hamb.-Stell. 142

Anzeigen in Ihrer Heimatzeitung haben immer Erfolg

Husten in der Nacht gehören zu den schlimmsten Tugten. Zu der Erleichterung des schon geschwächten Atemapparates durch Feuchtigkeitszunahme der Veratrin an Nervenendigungen durch gestörte Nerven. Nehmen Sie gegen solche quälenden Zustände Silphoscalin-Tabletten Damit stellen Sie nicht nur den Husten ab. Sie bringen auch den Schlaf zum Auswurf, die Schleimhautentzündung zum Abklingen und lindern das ganze Atemsystem und die Nerven. „Silphoscalin“ ist kostengünstig erprobt, anerkannt. Packung mit 20 Tabletten DM 7.40 (Einsparung DM 1.35) in allen Apotheken. Verlangen Sie von der Firma Carl Bühler, Konstanz, in-tenlos und unverbindlich die interessanteste, illustrierte Aufklärungsschrift S 178

trink RICHTERTEE, Du wirst zu eund! ER MACHT DICH SCHLANK, FRISCH UND GESUND!

Die richtige Nummer ist wichtig bei Beantwortung von Kennziffer-Anzeigen! Achten Sie daher bitte darauf, daß der Umschlag mit Ihrem Angebot oder Ihrer Bewerbung die gleiche Ziffer-Nummer trägt, wie die Anzeige, auf die Sie schreiben.

BIHLODON DIE ZAHN-PASTA FÜR DEN RAUCHER

Immobilien/Kapitalien Gut eingeführtes Lebensmittel- oder Gemischtwarengeschäft in groß. Landgemeinde od. Klein. Stadt, sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter G 8091 an die Geschäftsstelle

Tüchtiger, verb. Schreinermeister sucht eingerichtete Schreinerei zu pachten od. zu kaufen od. Stelle, wo der Betrieb später übernommen werden kann. Angebote unt. G 8094 an die Geschäftsstelle

Stellenangebote Kleinkinder-Bilderbuch vollkommen, unzerreißl., abwaschbar, hygienisch, in eigenen Werkstätten hergestellt, Markenartikel DOMA

eine Neuerschneidung auf dem Weltmarkt ferner handgemalte Plastik-Erzeugnisse aller Art zum Vertrieb an seriöse VERITRETER oder Verkaufsorganisationen in allen Gebieten zu vergeben. Güter Exportartikel! Wolf K & H, Hamburg 1, Danielstr. 93, Telefon 24 27 96

Verschiedenes In welcher Gemeinde fehlt eine Ölmühle! Lohnenden Verdienst bietet die Anschaffung unserer Kleinpresse „Komet“, Type D zum Preise von 450 DM mit der der Anfall an Saatgut einer ganzen Gemeinde bewältigt werden kann. Die Maschinen sind in der Ausbeute sowie der Güte des gewonnenen Öles unübertroffen und haben sich allerorts bestens bewährt. Bitte fordern Sie ausführliche Prospekte mit Referenzen von der Herstellerfirma Hagemann & Pfiel, GmbH, Eppingen, Baden, Telefon 217

Feiner Blüten-Bienenhonig garant. rein, 10-Pfd-Dose brutto für netto nur 17.50 DM Nachh. ab Nürnberg, Honig-Schmidt in Nürnberg 72, Gyzlauerstr. 8.

Bei ROTBART KLINGEN für jeden die Richtige BLAULACK Schwedenstahl, 0,10 mm rostgeschützt, Stück 15 Pf EXTRA-DÜNN Schwedenstahl, 0,08 mm Stück 10 Pf Be-Be 0,30 mm, Stück 6 Pf Gut rostiert - gut gelaut!

Zucker ist die Sorge der Hausfrau und die Sorge des Hausherrn ist das teure Rauchen! Senden Sie uns dreizeh u. gebündelt Ihren Roh-Tabak z. Umtausch, 90% rof. Rückgabe, 10% z. Feinschn. 33 Pf. (Nachnahme) H. Berg, Hildesheim, Neustädter Markt 1

Jedem sag's: Nimm für die Böden Waidler Wachs

Aus unseren täglichen Neueingängen in Herbstmoden DAMEN-MÄNTEL in Donegal-, Fancy- und Diagonal-Qualitätsstoffen in anliegender und Hängerform 98.- 119.- 149.- Wollkleider in ausgesucht schönen Qualitäten, in allen Modifarben und interessanten Schnitten 69.- 89.- 109.- DAMEN-MÄNTEL in Qualitäts-Velourstoffen, Bouclée und Flauschen auf Marocain gefüttert 119.- 159.- 189.- Kostüme in zweireihiger und Schneiderform für den Herbst, in un- u. Nadelstreifen-Dessins. Ausgezeichnete Paßformen 98.- 134.- 149.- FISCHER STUTTGART · KÖNIGSTR. 19 b



Streit um die richtige Wirtschaftspolitik

Lohnsteigerungen und gleichzeitig Bewirtschaftungs- und Preisbindungsbestimmungen?

JK. Von rund 400 Kollektivverträgen der Angestellten — 286 Gehaltstarife und 115 Rahmenstarife —, an denen die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft beteiligt ist, sind bisher etwa 50 gekündigt worden. Mit weiteren Kündigungen von Kollektivverträgen, die von der DAG nicht vertreten werden, muß gerechnet werden.

Laufend Kündigung von Tarifen

Der Hauptvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft hat zur Lohnfrage eine Erklärung abgegeben. An ihrem Anfang steht die Feststellung, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung habe für die Arbeitnehmer Verhältnisse ausgelöst, die die soziale Verpflichtung diesen gegenüber vermissen ließen. Die Erklärung führt fort: „Der sich aus dem Mißverhältnis von Preisen und Löhnen und Gehältern ergebende niedrige Stand der Realeinkommen der Arbeitnehmer und anderer sozial-schwacher Gruppen entspricht in keiner Weise deren berechtigten Ansprüchen auf angemessene Beteiligung am Sozialprodukt. Die Realeinkommen entsprechen zudem nicht den Leistungen der Arbeitnehmerschaft beim Neuaufbau der westdeutschen Wirtschaft. Diese Tatsachen rechtfertigen die von der DAG eingeleiteten Tarifbewegungen.“

Kritik am uneinheitlichen Kurs

Die Erklärung der DAG wendet sich sodann grundsätzlich gegen die derzeitige Wirtschaftspolitik, indem sie der Meinung Ausdruck gibt, sie habe sich nicht als das geeignete Mittel erwiesen, der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden. An die Bundesregierung richtet die DAG die Forderung, die Überwindung des aus Arbeitslosigkeit herrührenden sozialen Elends zum Leitmotiv ihrer Wirtschaftspolitik zu machen. Sie verlangt die Vollbeschäftigungspolitik, und damit im Zusammenhang insbesondere eine Geld-, Kredit- und Investitionspolitik im Sinne einer straffen staatlichen Lenkung. Abschließend wird die allerdings sehr zutreffende Feststellung gemacht, daß der von der Bundesregierung verfolgte Kurs nicht einheitlich sei, wodurch für die Arbeitnehmer die unbefriedigende Lage noch verschärft werde. Dabei wird insbesondere auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen der Linie des Bundeswirtschaftsministeriums und „dem Agrarprotektionsministerium des Bundesernährungsministeriums“ liege.

Landwirtschaft fordert für sich das Primat

Andererseits gibt die Landwirtschaft bei jeder Gelegenheit ihrer Unzufriedenheit mit der Entwicklung Ausdruck. So wurde auf einer Tagung des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes in Freiburg — vergliche unserer Meldung in Nr. 146 „soziale Gerechtigkeit für das Bauerntum“ — insbesondere von den Absatzschwierigkeiten gesprochen und, wie das auch bei den verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen in der letzten Zeit wiederholt geschehen war, die Liberalisierung der Agrareinfuhr für die zum Teil bedenkliche Lage der westdeutschen Agrarwirtschaft verantwortlich gemacht. Ein prominenter Sprecher sagte, für das Bauerntum bestehe heute keine soziale Gerechtigkeit, ein anderer wies darauf hin, daß die „Zeichen der badischen Landwirtschaft auf Sturm“ stünden. Am eindeutigsten zog der zweite Präsident des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes die Konsequenzen aus der Lage: er verlangte eine Marktordnung. Damit ist zweifellos nicht die Ordnung des freien Marktes gemeint, sondern eine staatliche Lenkung oder Bewirtschaftung.

Handelskammern: zuerst Export

Die Diskussion über die richtige Wirtschaftspolitik ist also heiß entbrannt. Die Gefahren einer Entwicklung, die nicht der Meinung der großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung entspricht, sind nicht zu unterschätzen. Zu den grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik hat nun auch der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handels-tages in einer Erklärung Stellung genommen. Er begrüßt darin die Entschlossenheit der Bundesregierung, an der bisherigen Wirtschaftspolitik festzuhalten und ist der Auffassung, daß keinerlei Veranlassung besteht, von den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft abzugehen. Die Tatsache, daß Vorratskäufe zu

einer gewissen Spannung zwischen Angebot und Nachfrage und an den internationalen Rohstoffmärkten zu gewissen Preiserhöhungen geführt hätten, rechtfertige noch nicht einen Rückfall in die Plan- und Zwangswirtschaft, auch nicht auf dem Gebiete des Preisrechts. Sache der Bundesregierung sei es allerdings, im Rahmen der Marktwirtschaft stärker als bisher für Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Rechtzeitigkeit der erforderlichen Maßnahmen zu sorgen. Insbesondere bedürften die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Ministerien dringend der einheitlichen Abstimmung, wobei die Grundlinien der Wirtschaftspolitik vom Wirtschaftsministerium aufzustellen und zu sichern seien. Sache der Unternehmer sei es, die Preise durch Ausnutzung aller betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zu halten; im Vordergrund aber müsse für die künftige Wirtschaftspolitik stets die weitere Förderung des Außenhandels mit dem Ziel einer Verbesserung der Zahlungsbilanz stehen.

Wer versorgt uns im Ernstfall?

Hier stehen also drei Meinungen einander gegenüber. Die Gewerkschaft verwirft die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, weil sie ihre soziale Funktion schlecht erfülle. Die Agrarwirtschaft beansprucht unter Berufung auf ihre Versorgungspflichten gegenüber dem Volksganzen für sich das Primat in der Wirtschaftspolitik und argumentiert, man könne nicht eines Tages die Forderung an den Bauern stellen, die Versorgung der Städte sicherzustellen, wenn man die bäuerliche Existenzgrundlage gleichzeitig immer weiter verschmälere. Die Wirtschaft selbst stellt durch ihr berufenes Organ fest, daß keine Veranlassung bestehe, von der sozialen Marktwirtschaft abzugehen, und daß die Förderung des Außenhandels nach wie vor im Vordergrund zu stehen habe. Es darf hier als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Lage der Landwirtschaft tatsächlich ernst ist. Insbesondere die außerordentlichen Absatzschwierigkeiten für Obst haben zu untragbaren Verhältnissen geführt. Aber wer trägt die Schuld daran? Doch keineswegs die Marktwirtschaft als solche, denn die rechtzeitige Einfuhr von Zucker, die ganz andere Absatzmöglichkeiten für Obst geschaffen hätte, wurde nicht von der Marktwirtschaft, sondern vom Bundesernährungsministerium versäumt. Gerade bei diesem Ministerium wird noch mehr gelenkt als überall sonst, wahrscheinlich mehr als uns bekanntlich ist. Und die Handelsverträge? Unsere Exportabhängigkeit ist eine Tatsache, die wohl von niemand mehr kann bestritten wer-

den, wie andererseits im Ernst kaum von der Landwirtschaft erwartet werden kann, daß sie aus eigenen Kräften die überfüllte Bundesrepublik erhalte.

Zurück zur Zwangswirtschaft?

Zur Frage der Lohnpolitik haben wir vor einiger Zeit in einem Leitartikel in Nr. 135 vom 1. Sept. — „Kopf in den Sand stecken“ — schon einmal Stellung genommen. Mögen die Forderungen der Gewerkschaften unbedeutend sein und unter Umständen auch die hoffnungsvolle Entwicklung des deutschen Außenhandels vorübergehend stören; Unberechtigt sind sie — das wird auch im Lager des anderen Sozialpartners anerkannt — nicht. Das Wort vom schmalen Geldbeutel stammt nicht nur vom Werktätigen. Wichtig zur Vermeidung von Störungen ist, daß sich die Angleichung der Löhne allmählich vollzieht. Verlangt man aber die Aufstockung der Löhne und erreicht man dieses Ziel, dann vertritt sich damit nicht die gleichzeitige Forderung nach der Wiedereinführung von Bewirtschaftung und Preisbindung. Wobei überhaupt noch zu prüfen wäre, welche Bevölkerungsstelle sich den Teufelspuk von Lebensmittelpreisen, Bezugscheinen und dergleichen zurückwünscht. Man überlege doch, welche Erfahrungen wir mit der Zwangswirtschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gemacht haben. Könnte mit ihrer Hilfe erreicht werden, daß der Werktätige tatsächlich seinen ihm zustehenden Anteil am Sozialprodukt erhält, oder war es nicht vielmehr so, daß die Produktion nicht nur infolge der Rohstoffschwierigkeiten, sondern auch, weil der Antriebs zur Arbeit fehlte, mehr und mehr schrumpfte, und daß schließlich vom Wenigen, das noch produziert wurde, der größte Teil in unterirdischen Kanälen verschwand?

Nein, mit solchen Mitteln wäre den Mißständen wohl kaum abzuhelfen. Auf alle Fälle wäre es dann mit dem Traum der Produktionssteigerung aus. Da ist es schon besser, die Sozialpartner finden sich zu Lohnverhandlungen zusammen. Dann ist denkbar, daß die erhöhte Nachfrage Produktionsausweitung und damit Erhöhung der Beschäftigung bringt, so daß hiervon ein starker Impuls zur Vermehrung des Sozialproduktes ausgeht. Keinesfalls aber kann man beides — Lohnsteigerungen auf der einen Seite und Bewirtschaftungs- und Preisbindungen auf der anderen Seite — verlangen. Entschlüsse man sich zu letzteren, dann würde das für unsere Versorgung unabwehrbare Folgen haben. Lohnsteigerungen in diesem Maße, die ja (angeblich) für eine gleichmäßige Verteilung des Sozialproduktes gesorgt wäre, völlig sinnlos machen.

Unser Kommentar

Kommt das dicke Ende nach?

e. h. Bundeskanzler Adenauer hat sich im Bundestag sehr befriedigt über die Sicherheitsgarantie der Westmächte für die Bundesrepublik ausgesprochen, auch wenn diese Garantie noch nicht viel nützt, solange nicht von Anfang an eine entsprechende Zahl von alliierten Divisionen dahinter steht. Zwar sind bereits einige Divisionen als Verstärkung der jetzigen Besatzungstreitkräfte zugesagt worden, doch ist unsere Freude über diese Nachricht in den letzten Tagen bereits merklich abgekühlt worden. Denn wenn der amerikanische Hohe Kommissar McCloy nach seiner Rückkehr von New York ankündigt, daß selbstverständlich die neuen Divisionen eine Erhöhung der Besatzungskosten mit sich bringen werden, so hört für uns die Gemütlichkeit auf.

Bei der Festsetzung des Etats für die Bundesrepublik war von Finanzminister Schäffer wiederholt auf die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Besatzungskosten hingewiesen worden, wenn der Staat seine Verpflichtungen gegenüber den Bedürftigsten seiner Mitbürger erfüllen wolle. Als sich die Notwendigkeit einer Verstärkung der Besatzungstruppen ergab, war man deutscherseits der Meinung, daß die neuen Divisionen zwar auch von uns ein Opfer erfordern würden, daß aber dadurch höchstens die berechtigten Herabsetzung der Besatzungskosten verhindert werden dürfte, aber keineswegs Erhöhungen gerechtfertigt wären. Schließlich kann man uns ja nicht haftbar machen für die Verschlechterung in den Beziehungen der ehemaligen Bundesgenossen. Wenn die Westmächte glauben, sich den deutschen Vorstellungen in dieser Frage verschließen zu müssen, dann wird sich für den Bundesfinanzminister sehr schnell die Notwendigkeit ergeben, Steuererhöhungen vorzunehmen. Dabei werden die Deutschen das unangenehme Gefühl haben, diese neue Lasten für einen Schutz ausgeben zu müssen, der keineswegs ausreichend ist. Im übrigen ist das Ergebnis der New Yorker Außenministerkonferenz aber nicht so glänzend, daß es ein solch dickes Ende noch vertragen würde.

„Nicht existent“

ez. Von den rund 80 Punkten der voraus-sichtlichen Tagesordnung der UN-Vollversammlung liegt keiner uns mehr am Herzen als der, der Aufklärung über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen bringen soll, die heute noch in der Sowjetunion zurückgehalten werden. Daß der von den USA, Großbritannien und Australien eingebrachte Antrag auf sowjetischen Widerspruch stieß, ja der sowjetische Hauptdelegierte Malik dieses Problem als „nicht existent“ bezeichnete, war nach dem Verhalten der Sowjets in der Vergangenheit vorauszu-sehen, hatte die UdSSR es ja nicht einmal für notwendig gefunden, auf Protestnoten der Westmächte vom 14. Juni d. J. zu antworten. Noch nicht einmal die Namen und Aufenthaltsorte der 13 586 Deutschen, die nach der sowjetischen Note vom 8. Mai als „Kriegsverbrecher“ abgeurteilt sich noch im sowjetischen Gewahrsam befinden, sind bisher übermittelt worden.

Selbst wenn man voraussetzt, daß die Mehrzahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, über deren Verbleib noch Ungewißheit besteht, im und nach dem Kriege umgekommen ist, verbleibt doch ein nicht unbeträchtlicher Rest, um dessen Rückkehr in die Heimat keine Anstrengung unterlassen werden dürfte. Immerhin liegen durchaus glaubwürdige Berichte vor, wonach sogar in China deutschsprechende „freiwillige“ Zivilarbeiter mit Gefangenennummern auf die Handgelenke tätowiert beobachtet wurden. Ob es sich noch um Hunderttausende oder nur um Zehntausende handelt, diese Frage könnte nur die Sowjetunion beantworten. Doch sie schweigt und klagt sich damit selbst an.

Wird die UN-Vollversammlung daran etwas ändern können? Sicher nicht. Mehr als immer wieder auf dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinzuweisen und laut Protest zu erheben, ist nicht möglich. Nur eine allgemeine politische Entspannung könnte vielleicht — nur vielleicht — den Unglücklichen Erlösung von ihren Leiden bringen. Ein dritter Weltkrieg dürfte dagegen eher ihre „Liquidierung“ zur Folge haben. Vielleicht geschieht aber eines Tages doch noch ein Wunder.



Atom-Warnung durch Geiger-Geräte

Die hier veröffentlichten Bilder sollen den Artikel „Schutz vor der Atombombe“ in der „Sonntags-Zeitung“ ergänzen. Sie zeigen Geräte, die jene gefährlichen Auswirkungen der Atombomben, die radioaktiven Strahlen, dem Menschen erkennbar machen. Das auf dem nebenstehenden Bild vorgeführte Geiger-Gerät diente ursprünglich gewissermaßen als Wägschleife für die Feststellung von Uranerzlagern, es kann aber ebenso zur Feststellung der Radioaktivität nach einem Atombombeneinsatz verwendet werden.



Auf dem Bild ist eines jener deutschen Warngeräte zu sehen, von denen am Ende des Artikels in der „Sonntags-Zeitung“ berichtet wird. Schon bei einer geringen Stärke der schädlichen Strahlen gibt dieses Gerät einen Brummtönen von sich. Aufn.: Doris Hirtlinger

Zwei bedeutende Unternehmen der Mineralölindustrie unter dem BP-Zeichen vereint!

Die seit fünfzig Jahren in Deutschland tätige OLEX und die kürzlich mit modernsten Anlagen wieder aufgebaute Hamburger Groß-Raffinerie EURO-TANK wurden zur BP-BENZIN- UND PETROLEUM-G. M. B. H. zusammengeschlossen. Das BP-Zeichen, die Hausmarke der Anglo-Iranian Oil Company, ist das

SYMBOL FÜR BESTE PRODUKTE

Oesterreich - Beispiel einer zwiespältigen Wirtschaft

Versäumte wirtschaftliche Sanierung muß unter erschwerten Bedingungen nachgeholt werden

Von unserem Korrespondenten

Das uneinheitliche Wirtschaftsgefüge stellt derzeit Österreich vor große Probleme. Die Koalitionspolitik der beiden Regierungsparteien, der Volkspartei und der Sozialisten, hat auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu einem Kompromiß zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Lenkung geführt...

Einengung der freien Wirtschaft

In Österreich wurde zum gegebenen Zeitpunkt nicht wie in Westdeutschland der Schritt von der staatlichen Bewirtschaftung zur freien Marktwirtschaft entschlossen getan, sondern man ging nur zögernd und schrittweise vor. Zuerst setzten die Sozialisten stärksten Widerstand entgegen, die sogar die Beibehaltung der Lebensmittelpreise durchdrückten...

Subventionswirtschaft

Nach einer Berechnung des Institutes für Konjunkturforschung wurden in Österreich 1,3 Milliarden Schilling im Jahr für Subventionszwecke, hauptsächlich auf dem agrarischen Sektor, ausgegeben. Für diese künstliche Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten wurden ERP-Mittel verwendet...

Zahlungsmittel erfordert Sanierung

Mit dieser Forderung will man auf billige Art und Weise ein Problem lösen, das sich aus dem Verlangen nach kostendeckenden Preisen für die Landwirtschaft ergeben hat. Tatsächlich liegt der Getreidepreis in Österreich bei 0,86 Schilling pro kg gegenüber einem Weltmarktpreis von 2,40...

DM-Wechselkurse

Die zu jedem Wochenende erscheinende Tabelle weist das Umrechnungsverhältnis von 100 DM zu den wichtigsten fremden Währungen aus, und zwar nach den Kursen im Züricher Freihandel.

Table with 3 columns: Country, 21.9., 22.9. containing exchange rates for Switzerland, USA, England, France, Belgium, Holland, Spain, Portugal, Sweden, Argentina, Brazil, Austria, Italy, and Czechoslovakia.

Subventionswirtschaft unmöglich macht. Mit Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion ist auch Österreich gezwungen, seine Zahlungsbilanz zu sanieren und der Subventionswirtschaft ein Ende zu bereiten...

Folgen des Abbaus der Subventionen

Auf Grund dieser Tatsache hat der österreichische Finanzminister Dr. Margaretha in einer kürzlich gehaltenen Rede den Abbau der Subventionen angekündigt. Welche Schwierigkeiten sich heute daraus für Österreich bei steigenden Weltmarktpreisen ergeben, sieht man an dem Beispiel der Beseitigung der Subventionen für Importkohle...

Der Wettlauf Preise - Löhne

In Österreich hat sich das System der sogenannten Preis-Lohnabkommen eingebürgert, die bereits dreimal abgeschlossen wurden. Der Vorgang war etwa folgender: wenn die Preise im...

Wichtiges in Kürze Zunehmende Importschwierigkeiten

HAMBURG, Im Zeichen der gebesserten Exportlage und zunehmender Schwierigkeiten bei der Realisierung der in den Handelsabkommen festgelegten Importe steht die 25. Tagung der Außenhandelsreferenten des Bundeswirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftsministerien...

Die gemischten deutsch-englischen Kommissionen zur Überwachung der Abwicklung der einzelnen Verträge sollen häufiger als bisher zusammentreten; wichtige Positionen sollen kurzfristig ausgeschrieben werden, wobei auch Ausschreibungen für Importe aus dem Dollarraum vorgesehen sind...

Anhaltende Wollwaise

LONDON, Auf der ersten Londoner Wollversteigerung dieses Jahres wurden die auf den australischen und südafrikanischen Wollauktionen dieser Saison erzielten Preisgewinne in vollem Umfang bestätigt. Besonders Interesse zeigten die Schweiz und die USA für feine Merino-Wollen, Frankreich und Belgien interessierten sich vornehmlich für Tuchwollen...

Sägeindustrie setzte neue Löhne fest

TÜBINGEN, Die Tarifkommission des Fachverbandes der Sägewerke und der Gewerkschaft „Holz“ haben beschlossen, die bisher gewährte Ueberbrückungsbeihilfe auch auf den Monat September auszudehnen. Ab 1. Oktober wird diese Teuerungszulage von durchschnittlich 6 DPF pro Arbeitsstunde in den Tariflohn eingebaut...

Nicht durch das Schwert

In einem Aufruf des Präsidiums des Lutherischen Weltbundes zur Teilnahme an der nächsten großen Tagung des Lutherischen Weltbundes vom 25. Juli bis 3. August 1952 in Hannover heißt es, wenn auch die gegenwärtige Situation besorgniserregend sei, so müsse die Christenheit gerade darum voll Vertrauen in die Zukunft blicken. Die Welt werde den Frieden nicht durch das Schwert, sondern nur durch die Liebe Gottes finden...

Berufsethos im Handwerk

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Kölner Schneider- und Schuhmacherinnung stellte Kardinal Frings in seiner Festpredigt das christliche Berufsethos in den Mittelpunkt der Arbeit des Handwerkers. Er wies darauf hin, welch ruhmreiche Tradition gerade das Handwerk im Verlauf der Stadtgeschichte habe, und daß ganz allgemein die Leistungen tüchtiger Meister und Gesellen dem menschlichen Fortschritt auf eine gute Weise weitergeholfen haben...

Rückwirkungen auf das kirchliche Leben?

Unter der Schirmherrschaft der Religiösen-Kongregation findet in Rom vom 24. November bis 9. Dezember ein Kongreß statt, der unter Umständen große Rückwirkungen auf das gesamte Leben der Kirche im Sinne einer Angleichung der Aufgaben der Orden an die Forderungen...

mer weiter in die Höhe gingen, wurden die Löhne durch Verhandlungen zwischen den Kammermännern und dem Gewerkschaftsbund nachgezogen. Kaum war aber das sogenannte Stillhalteabkommen abgeschlossen, begannen einzelne Preise wieder zu klettern, andere folgten und ein neues Abkommen wurde notwendig. Mit der dabei erfolgten linearen Lohnerhöhung lief außerdem eine Nivellierung der Lohnrelationen zugunsten der höheren Leistungen parallel...

Viertes Preis-Lohnabkommen

Es ist ein offenes Geheimnis, daß bereits wieder über ein viertes Preislohnabkommen verhandelt wird. Die Verantwortung ist in diesem Falle besonders groß, da es allen Folgen der Bereinigung wirtschaftlich ungesunder Verhältnisse Rechnung tragen muß. Die Europäische Zahlungsunion verlangt die Vermeidung jeder Inflationstendenz, es dürfte daher das letztermal sein, daß der Weg des Preis-Lohn-Abkommens begangen werden kann...

ring angerechnet werden können. Das Abkommen tritt ab 1. 10. 1950 in Kraft und ist bis zum 31. 12. 1950 befristet.

Erläuterung zur Entflechtung der IG-Farben

FRANKFURT, Die für die Durchführung des Gesetzes Nr. 35 (Entflechtung der IG-Farben-Industrie) zuständige Dreimächtekontrollgruppe hat der Presse Erläuterungen zu dem Gesetz übergeben. In ihnen wird erklärt, daß der größte Teil der Aktien der neuerschaffenden Einzelgesellschaften an die Aktionäre der IG ausgegeben werde.

Die Entwicklung der Markt- und Preisituation wurde durch politische Ereignisse ausgelöst. Diese können durchaus vorübergehender Natur sein. Bei einem Nachlassen der politischen bedingten Nachfrage auf den Weltwarenmärkten sei wieder mit einem stärkeren Warenangebot und demzufolge auch mit dem Absinken der Preise zu rechnen.

Einkäufe sollten in keinem Falle über den normalen Bedarf hinausgehen. Sie tragen sonst - siehe unsere Glosse „Sicherheitsbedürfnis“ - zur Preissteigerung bei; bei rückläufiger Konjunktur, wie sie durch den Rückgang der politischen bedingten Nachfrage möglich ist, führt sie zu schweren Verlusten für den Einzelhandel, der auf einen im voraus befriedigten Bedarf trifft.

Angesichts dessen vertritt der Einzelhandel die Parole: „Nach innen und außen Ruhe und Disziplin bewahren.“ Der Einzelhandel wünscht im Interesse der Verbraucher ausreichende Versorgung, niedrige Preise und gute Qualität. Er verurteilt schärfstens jede Preispekulation und wird von sich aus gegebenenfalls auch vor der Möglichkeit eines Einkaufsstrikes gegenüber seinen Vorlieferanten bei überhöhten Forderungen nicht zurückschrecken.

Für den Lebensmittel-Einzelhandel wird festgestellt, daß er in Anbetracht der vorgeschriebenen Sozialkalkulation an der äußersten Grenze seiner Preisleistung stehe. Angriffe auf überhöhte Handelspreisen seien unverantwortlich und verfolgten offenbar den Zweck, von spekulativen Preissteigerungen der Produzenten abzulenken. Aber auch die übrigen Einzelhandels-

gruppen werden - so wird erklärt - ihre Kalkulationen bis zur untersten Grenze des Möglichen überprüfen und damit beweisen, daß der Einzelhandel selbst ein entschlossener Vertreter der Verbraucherinteressen sei. Hierzu ruft er die konsequente Unterstützung des Verbrauchers durch Verzicht auf kopflose Angstkäufe, durch überlegtes Vergleichen von Preisen und Qualitäten auf und wirbt um das Vertrauen zu der Fach- und Marktkunde gelernter und erfahrener Kaufleute. Durch eine diszipliniertes Verhalten beim Einkauf kann der Verbraucher die Bemühungen des Einzelhandels um niedrigere Preise wirksam unterstützen.

Wo diese Einsicht fehlt, will der Einzelhandel selbst unliebsame Aussprachen über den Ladentisch hinweg ohne Rücksicht auf gelegentliche Kundenabwanderung nicht scheuen und unbedingten Sonderwünschen entgegenstellen, um in eigener Verantwortung eine gerechte Versorgung sicherzustellen. Wo aber die Kraft des einzelnen Geschäftsinhabers nicht ausreicht, trete die Berufsorganisation an seine Stelle, die als Gemeinschaft aller beruflich und verantwortungsbewußten Kaufleute des Einzelhandels gegen Bevorzugung einzelner Wirtschaftsklassen oder Vertriebsformen und gegen Wettbewerbsauswüchse einschreite. Von der einsichtsvollen und umsichtigen Mitwirkung aller Kaufleute und der Unterstützung durch den Verbraucher hänge nicht nur Erfolg und Zukunft des Einzelhandels ab, sondern es sei hiermit auch ein wesentlicher Beitrag zum sozialen Frieden und Ausgleich geleistet.

Evangelischer Jungmännertag in Eßlingen

Einige tausend junger evangelischer Männer aus dem ganzen Lande haben sich für heute und morgen zum Evangelischen Jungmännertag in Eßlingen zusammengefunden. Bei der öffentlichen Abschlusskundgebung auf dem Rathausplatz werden Ministerialrat Hassinger und Pfarrer Glieden sprechen.

TÜBINGEN, Am Mittwoch, 27. September, sendet der Südwestfunk von 9 bis 10 Uhr den ersten evangelischen Krankengottesdienst. Die Sendung erfolgt aus dem Diakonissenhaus in Freiburg im Breisgau, die Ansprache hält Diakonissenhauspfarrer Lutz Dreher.

ROTTENBURG a. N. Der Kapitularvikar von Ermland, Prälat Arthur Kather, der Nachfolger von Bischof Kaller, ruff die Ermländer, d. h. die Katholiken aus Ostpreußen, zu Wallfahrten zusammen, die sie stärken sollen in der Treue zum angestammten Glauben und trösten auf ihrem langen schweren Kreuzweg. Solche Wallfahrten gehen am Dienstag, 10. Oktober, nach Radolfzell, am 13. nach Hechingen und am 17. nach Weingarten.

LUDWIGSBURG, Die Brüderanstalt Karlsböhe in Ludwigsburg, die nach Aufforderung des katholischen Seminars der Landeskirche in Ludwigsburg die katechetische Ausbildung und Fortbildung weiterführt, veranstaltet unter Direktor Gengenel und Pfarrer Pfründer vom 16.-20. Oktober eine Freizeit für Geistliche auf der Karlsböhe in Ludwigsburg.

FRIEDENWEILER (Schwarzwald). Unter dem Gesamthema „Christus - das Zentrum der Welt“ wurde in Friedenweiler das „Internationale Aussprachetreffen über religiöse und berufliche Probleme“ eröffnet.

ROM, Die Internationale Caritasausstellung ist eröffnet worden. Der Substitut des päpstlichen Staatssekretariats, Mgr. Montini, nannte sie eine Synthese der großen erbaumungswürdigen Armut der Menschheit und des Werkes der Kirche, das dieser Armut steuern will. Er schloß mit den Worten des hl. Laurentius: „Die Armen sind der Reichtum der Kirche.“

LONDON, Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai erklärte Vertretern protestantischer Missionsgesellschaften, seine Regierung lehne die Einreise neuer Missionare und die Rückkehr ausgereister Missionare ab.

Sicherheitsbedürfnis

JK. In Zeiten politischer Hochspannung, wie wir sie gerade durchleben, suchen die Menschen sich zu sichern. Vor allen Dingen die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern steht im Mittelpunkt dieses Sicherheitsbedürfnisses. Es werden Vorräte angelegt, bisher aufgeschobene Käufe verwirklicht und Güter, die noch vor ganz kurzer Zeit die Lager des Handels füllten, ohne daß Absatz gewährleistet war, vom geängstigten Verbraucher dem Handel geradezu aus den Händen gerissen. Fast tragisch ist, daß solche Willen gesteigerter Kaufneigung stets auf einen durch die politischen Entwicklungen ohnehin schon angespannten Markt treffen. Erhöhte Nachfrage aber zieht in der freien Marktwirtschaft, wie sie vom Westen gelbt wird, mit automatischer Sicherheit Preissteigerungen nach sich. Preissteigerungen - oder die Furcht vor solchen - veranlassen den Verbraucher aber zu noch weiteren Käufen, verschärfen also die Tendenz zu Preissteigerungen. In dieser Situation wäre, von der Verstandesseite her betrachtet, eher Kaufzurückhaltung am Platze, aber die Impulse menschlichen Handelns werden leider weniger vom Verstand als vom Gefühl gesteuert. Das Bedürfnis nach Sicherheit übertrifft dabei an Intensität alle anderen Gefühlsregungen.

Um sich ein Bild über die Folgen dieser Erscheinung zu machen, muß man einmal die neueste Entwicklung im Einzelhandel kritisch betrachten. Nach einem Schnellbericht des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln ergibt sich nämlich, daß die Umsatzentwicklung im August 1950 im Vergleich zum August 1949 im Durchschnitt um etwa 20 Prozent gestiegen ist. Dabei ist zwar nicht gesagt, doch darf dies als gegeben betrachtet werden, daß diese Umsatzsteigerung vorwiegend in der Zeit nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts eingetreten ist. Der Durchschnitt von 20 Prozent besagt nicht einmal viel, die einzelnen Sparten sind für die Beurteilung wesentlicher. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Umsätze im Lebensmittelhandel, bei Drogerien und im Buchhandel ungefähr gleichgeblieben, beim Tabakwarenhandel sogar um etwa 10 Prozent verringert sind. Dagegen beträgt die Umsatzsteigerung durchschnittlich bei Möbeln 60 Prozent, bei Schuhen 45 Prozent, bei Textilien 40 Prozent, bei Lederwaren 30 Prozent und bei den übrigen Branchen zwischen 5 und 15 Prozent. Hier liegt der eigentliche Schlüssel zu den Preissteigerungen. Und es gibt kein Wirtschaftssystem, das solche Entwicklung bei Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung wirksam zu unterbinden in der Lage wäre. Das Sicherheitsbedürfnis zwingt zum Kauf, der Verstand müßte zur Disziplin, in diesem Fall zur Kaufzurückhaltung, raten. Es ist Sache des Einzelnen - und seines Geldbeutels -, für welches Verhalten er sich entscheidet.

Der Einzelhandel erklärt:

Die Entwicklung der Markt- und Preisituation wurde durch politische Ereignisse ausgelöst. Diese können durchaus vorübergehender Natur sein. Bei einem Nachlassen der politischen bedingten Nachfrage auf den Weltwarenmärkten sei wieder mit einem stärkeren Warenangebot und demzufolge auch mit dem Absinken der Preise zu rechnen. Einkäufe sollten in keinem Falle über den normalen Bedarf hinausgehen. Sie tragen sonst - siehe unsere Glosse „Sicherheitsbedürfnis“ - zur Preissteigerung bei; bei rückläufiger Konjunktur, wie sie durch den Rückgang der politischen bedingten Nachfrage möglich ist, führt sie zu schweren Verlusten für den Einzelhandel, der auf einen im voraus befriedigten Bedarf trifft. Angesichts dessen vertritt der Einzelhandel die Parole: „Nach innen und außen Ruhe und Disziplin bewahren.“ Der Einzelhandel wünscht im Interesse der Verbraucher ausreichende Versorgung, niedrige Preise und gute Qualität. Er verurteilt schärfstens jede Preispekulation und wird von sich aus gegebenenfalls auch vor der Möglichkeit eines Einkaufsstrikes gegenüber seinen Vorlieferanten bei überhöhten Forderungen nicht zurückschrecken. Für den Lebensmittel-Einzelhandel wird festgestellt, daß er in Anbetracht der vorgeschriebenen Sozialkalkulation an der äußersten Grenze seiner Preisleistung stehe. Angriffe auf überhöhte Handelspreisen seien unverantwortlich und verfolgten offenbar den Zweck, von spekulativen Preissteigerungen der Produzenten abzulenken. Aber auch die übrigen Einzelhandels-

Aus der christlichen Welt

Bist du bereit zum Leiden?

„Alle, die göttlich leben wollen, müssen Verfolgung leiden.“ (2. Tim. 3, 12). Zwar nicht das ganze Leben lang, aber von Zeit zu Zeit erwartet den Christen das Leiden in irgendeiner Form. Es muß nicht immer Gefängnis und Tod sein. Auch Spott und Diffamierung, geschäftliche Nachteile und Zurücksetzung drohen dem, der sich zu Christus bekennt. Und nun kommen die Freunde und Familienglieder, die es nur gut mit einem meinen und einem helfen wollen, der Gefahr aus dem Wege zu gehen. „Daß Du da durch sollst, das wird der liebe Gott sicher nicht verlangen. Man muß das kleinere Übel wählen. Denk auch an Deine Familie und an Deinen guten Ruf!“ Und nun entscheid dich!

So hatte sich Paulus (Apostelgeschichte 21, 13-14) zu entscheiden, als ihm durch Agabus gesagt wurde, was ihn in Jerusalem erwarten sollte. Er nicht den Bitten der Freunde nachgeben im Interesse seiner Person und seiner kirchlichen Arbeit? Nein! Würde Paulus hier dem Leiden ausgewichen, so wäre er Gottes Führung untreu geworden, die ihn nach Jerusalem rief (Apostelgeschichte 20, 22). Er konnte seinen Freunden ganz schlicht sagen, er sei bereit, um Christi willen dort zu leiden und zu sterben. Und wir kennen auch das Wort von Martin Luther, der sich in Worms vor Kaiser und Reich verantworten sollte, um der Sache des Evangeliums willen. Sein Freund Spalatin hatte ihn mit dem Hinweis auf den als Ketzer verbrannten Huß dringend vor der Reise gewarnt. Aber Luther: „Wenn soviel Teufel in Worms wären als Ziegel auf den Dächern, dennoch wollt' ich hinein.“

Woher diese entschlossene und getroste Leidensbereitschaft so vieler Zeugen Christi? Was ist ihr Geheimnis? Ist's ein bloßes Sichfügen in Unausweichliches? Oder ein heroischer Idealismus? Oder Hoffnung auf ein Entgelt im Himmel? Nein: das Geheimnis dieser Leidensbereitschaft heißt Jesus Christus. Er führt „jeden, der da glaubt, mit ihm die gleiche Bahn.“ Er geht darum wie bei ihm so auch bei denen, die ihm nachfolgen, wobei er all dem mitteilt und doch verspricht, ihnen das Reich Gottes und hindurch durch Leiden in das Reich Gottes. Weltbrecht

